Einzelpreis 6 Mk. Halle, Freitag, den 13. Oktober 1922 32. Jahrgang · Nr. 11

Schriftleitung: Harz 42-44
Fernruf Nr. 4067
Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage mit dem täglichen Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Für die Frauen" und „Für die arbeitende Jugend"
Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen.
Sprechst. der Redaktion mittags von 12 bis 1 Uhr

Das Volksblatt ist amtliches Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle Harz 42-44.
Zweiggeschäftsstelle u. Buchhandlung: Gr. Ulrichstr. 27
Fernruf 4606. Postscheckkonto 11062 Erfurt. Bezugspreis: wöchentl. 30 Mk., monatlich 120 Mk. u. 16 Mk. Zustellungsgebühr. Durch die Post bezogen monatlich 130 Mk. Anzeigenpreise im Anzeigenteil 6 Mk. pro Millimeter u. Spalte; desgleichen als Reklame im Textteil 17,50 Mk.

Mörder und Feigling

Der Zusammenbruch des deutschnationalen Heroen. Ist Feigheit ein Strafmilderungsgrund?

Halle a. d. S., 13. Oktober.

Wie aus dem auf der dritten Seite des Hauptblattes von uns wiedergegebenen Bericht über den Rathenau-Mordprozeß hervorgeht, hat Ernst Werner Techow, einer der drei Mörder, ein „Geständnis" abgelegt, indem er unter Heulen und Zähneklappern erklärte, er habe sich an dem Morde unter dem Zwange der Kernschen Drohung beteiligt: „Wenn du dich weigerst, dann schieße ich dich nieder." Alle uns vorliegenden Berichte besagen übereinstimmend, daß nach dieser Aussage Techows im Saal große Bewegung geherrscht habe. Die Herren des Staatsgerichtshofs, die Verteidiger und wer sonstwie Augen und Ohren dem kläglichen Schauspiel lieh, alles war gerührt. Denn der Mörder weinte und brachte nur mit Mühe sein „Geständnis" heraus. Lediglich der Oberreichsanwalt fand das in dieser Situation einzig entscheidende Wort: „War bei dieser Drohung Kerns noch jemand zugegen?" Angeklagter Techow: „Nur Fischer."

Und der ist tot.

Führen wir also die Dinge auf die einfachen Tatsachen zurück. Techow hat während der ganzen sechstägigen Verhandlung eine Lüge an die andere gereiht. Er hat über seine Tat nicht die geringste Reue gezeigt. Selbst als das grausige Verbrechen an Rathenau in allen Einzelheiten von dem Chauffeur des meuchlings Gemordeten geschildert wird, als die auf dem Tisch des Hauses liegende Maschinenpistole der Tat Gegenstand ausgedehnter Verhandlungen ist, hat sich kein Muskel in dem Gesicht des jugendlichen Helden aller Nationalen und Gehaßenkreuzigten verändert. Techow blieb Techow, der Mörder blieb Mörder, der Lügner blieb Lügner. Er konnte sich sogar auf die Resonanz der deutschnationalen Blätter verlassen, die entweder gar keine Berichte oder doch so entstellte brachten, daß auf den Ueberlebenden der drei großen Nationalhelden und Angehörigen der Mörderpartei kein Schatten fiel. Der Mörder spielte seine Rolle mit der Routine des Ehr- und Gewissenlosen, dem es nicht zum Bewußtsein gekommen war, daß politische Gegner kein Freiwild sind, das man nach Belieben oder auf Verabredung niederknallen kann. Die „nationale" Elite sah mit Stolz auf ihren Ernst Werner, der nicht nur andere auf die Schlachtbank zu legen und „abzukillen", sondern auch mit „nationaler" Würde sich selbst zu opfern verspeist. „Treu bis in den Tod," das ist Ernst Werner Techow.

Die Beweisaufnahme ist zu Ende. Der Oberreichsanwalt hat das Wort. Und er beantragt im Namen der Republik die Todesstrafe gegen den einzigen der überlebenden Mörder. Alle Berichterstatter drahten wieder übereinstimmend, Ernst Werner Techow sei sehr bleich geworden. Mit ihm natürlich auch sein braves Brüderchen, der deutschnationale Lausbub, dem nach Ansicht des Oberreichsanwalts hin und wieder mal eine Tracht Prügel gehört hätte. Wieder schweigt die deutschnationale Pressemeute. Das erste Blatt ist aus dem Lorbeerkranz des gefeierten Parteimörders gefallen.

Aber das eigentliche Unglück geschieht erst am Donnerstag. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Dr. Hagens, ermahnt den Hauptschuldigen auf der Anklagebank, die Wahrheit zu sagen: „Techow, ... es geht um Ihr Leben!" Da bricht der Nationalheros, der Gegenstand des Abend- und Morgengebets aller deutschnationalen Jungfrauen und Hakenkreuzschwestern, zusammen, unter Heulen und Zähneklappern „gesteht" die herrliche Jünglingsseele; daß er gemordet, weil er selbst sonst ermordet worden wäre.

Das „Geständnis" des Feiglings. . . .

Aber niemand war dabei, als ihm Kern mit Erschießen drohte. Nur Fischer, und der ist tot. Die Frage drängt sich auf, welchen Wert hat das „Geständnis" eines Mörders, der, ohne auch nur die Spur von Reue zu zeigen, 6 Tage lang sich in ein dichtes Gewebe von Lügen einspinnt, der mit frecher Miene und in zwangsloser Unterhaltung dem Gang der Verhandlung folgt, und am Ende, als er die kalte Hand am Nacken fühlt, wie ein Feigling heult: Ich hätte die Tat ja nicht vollbracht, wenn man mich nicht unter Androhung des Todes dazu gezwungen hätte. Wir erklären rund heraus, daß wir an die Wahrheit dieses „Geständnisses" nicht glauben, das nur ein neues Lügen-Mittel darstellt, die Schuld von sich abzuwälzen.

Ein jämmerlicheres Schauspiel hat noch kein gemeiner Mörder geboten. Und dieser elende Bursche und ganz gewöhnliche Schwerverbrecher war der gefeierte Held der „nationalen" Sippschaft, den sie mit ihrem Geld unterstützt und für dessen Richtergreifung sie das Menschenmögliche gegeben hätte. Techows Zusammenbruch aus Feigheit, nicht aus Reue, ist das erbärmlichste Schauspiel, das die „nationale" Bewegung aller Zeiten und Völker bisher geboten hat. Aber es wird nicht das letzte sein. Denn Techow ist der Typ jenes frech-feigen, großschnäuzig-patentpatriotischen, renommistisch-blasierten und in der sicheren Majorität brutalen „Herren-Menschen", der als Vertreter des „nationalen" Gedankens Deutschland in der Kulturwelt verächtlich gemacht hat.

Der Staatsgerichtshof wird Techows Geständnis auf das Maß zurückführen, das ihm gebührt und in leidenschaftsloser Objektivität zu untersuchen haben, ob Feigheit ein Strafmilderungsgrund ist.

Kommunisten und Getreideumlage.

Von Wilhelm Dittmann.

In der „Roten Fahne" tobt der tapfere Koenen gegen die beiden bisherigen sozialistischen Parteien und die jetzige Vereinigte Sozialdemokratische Partei wegen der Getreideumlage. Nach seiner Darstellung ist die Getreideumlage ein Mittel zur Bereicherung der Agrarier und zur Verteuerung des Brotes der Aermsten der Armen. Koenen stellt die Dinge damit wieder einmal auf den Kopf, wie er ja gewöhnlich zu tun pflegt. Vorweg sei deshalb festgestellt: Die Getreideumlage verteuert nicht das Brot, sondern sie verbilligt es, sie bereichert nicht die Agrarier, sondern sie schränkt ihren Profit ein. **Wäre es anders, warum die organisierte Sabotage der Getreideumlage durch die Agrarier?** Der Kommunist Heydemann hat in der Reichstagssitzung vom 20. Juni 1922 auch selber zugegeben, daß die Getreideumlage „eine gewisse Einschränkung der Auswucherung" bedeute. Ebenso stellte er in derselben Sitzung fest, daß nach Dr. Heim „den armen Agrariern 20 Milliarden Mark als Profit durch die Umlage (1921/22) entzogen worden waren". In derselben Rede sagte er: „Durch den Zwang zur Ablieferung wird eine gewisse Menge von Brot sichergestellt". Trotzdem stellen die Koenen und Genossen die Umlage **jetzt als Ursache der Brotverteuerung** hin!

Die Agrarier wollen die „freie Wirtschaft" auch für das Brotgetreide. Das würde Weltmarktpreise für Korn und Mehl und eine gewaltige Brotverteuerung bedeuten. Im Kriege wurde der Brotpreis bekanntlich durch die Zwangswirtschaft niedrig gehalten. Die Getreideumlage ist ein Rest der Zwangswirtschaft. Mindestens 4½ Millionen Tonnen Brotgetreide braucht das deutsche Volk im Jahr für seine Ernährung. Davon wird ein großer Teil aus dem Ausland eingeführt, für den deshalb auch die hohen Auslandspreise gezahlt werden müssen. Die Agrarier würden für das ganze im Inland erzeugte Getreide sofort dieselben hohen Preise fordern, wenn — die Getreideumlage sie nicht daran hindern würde. Durch die Getreideumlage ist bestimmt, daß 2½ Millionen Tonnen Brotgetreide, also mehr als die Hälfte des Bedarfs, von den Agrariern zu einem billigeren Preise abgegeben werden müssen. Dadurch kann ein „Mischpreis" für Brotgetreide gebildet werden, der höher ist als der Inlandspreis und niedriger als der Auslandspreis. Das ist der Zweck der Getreideumlage. Ohne sie würde der hohe Auslandspreis und nicht der niedrigere „Mischpreis" gelten.

Man sollte meinen, dieser klare Sachverhalt sollte auch die Kommunisten abhalten, die Getreideumlage für die Brotverteuerung verantwortlich zu machen. Aber ihnen kommt es lediglich darauf an, alles herunterzureißen, was von der Sozialdemokratie geschaffen ist. Die beiden bisherigen sozialistischen Parteien haben im Reichstag nach schweren Kämpfen mit den Agrariern und den sämtlichen bürgerlichen Parteien die Getreideumlage durchgesetzt. Die bürgerlichen Parteien wollten den Agrariern weit entgegenkommen und hatten im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags (!) folgende Preisbemessung für das Umlagegetreide durchgesetzt:

Für das erste Viertel der Umlage beträgt der Preis für Roggen **8000 Mk.**, für Weizen **8800 Mk.**, für Gerste **7800 Mk.**, für Hafer **7500 Mk.** je Tonne. Für das zweite sowie für das dritte und vierte Viertel des Lieferfolls setzt die Reichsregierung die Preise, die den Erzeugern für das Umlagegetreide zu zahlen sind, nach Anhörung eines Ausschusses fest.

Demgegenüber wollten die beiden sozialistischen Parteien 6300 Mk. für Roggen und 6900 Mk. für Weizen zugestehen. Schließlich gelang es ihnen, die bürgerlichen Koalitionsparteien dafür zu gewinnen, die Ausschußbeschlüsse wieder fallen zu lassen und zuzustimmen, daß die Preisbemessung folgendermaßen festgesetzt wurde:

Der Preis für das erste Drittel der Umlage beträgt für Roggen **6900 Mk.**, für Weizen **7400 Mk.**, für Gerste **6700 Mk.**, für Hafer **6600 Mk.** je Tonne. Für das zweite und das dritte **Drittel der Umlage** setzt die Reichsregierung die Preise **auf der Grundlage der im Absatz 1 festgesetzten Preise** nach Anhörung eines Ausschusses fest.

Zunächst wurde also statt der Vierteilung die Dritteilung durchgesetzt und sodann eine Preisherabsetzung gegenüber dem Ausschußbeschluß, die bei Roggen 1100 Mk., bei Weizen 1400 Mark, bei Gerste 1100 Mk. und bei Hafer 900 Mk. pro Tonne betrug. Wollen die Kommunisten leugnen, daß diese Herabsetzung der Preise eine Verbilligung des Brotgetreides bedeutet? Wollen sie leugnen, daß sie selber dafür gestimmt haben würden, wenn es auf ihre Stimmen angekommen wäre? Sie stimmten doch nur deshalb gegen diese Umlagepreise, weil sie wußten, daß sie trotzdem angenommen würden! Sie schreien über „Verrat" der Sozialisten, weil diese überhaupt einer Preiserhöhung zugestimmt haben. Dabei hatten und haben die bürgerlichen Parteien im Reichstage die Mehrheit und hätten — wie der Ausschußbeschluß klar zeigt — ohne das Eingreifen der beiden sozialistischen Parteien noch höhere Preise — 8000 Mark statt 6900 Mk. usw. — beschlossen!

Die kommunistischen Demagogen behaupten auch, die Sozialdemokratie sei deshalb schuld an der Brotpreiserhöhung, weil sie sich mit 2½ Millionen Tonnen Umlagegetreide abgefunden hat, statt auf 4½ Millionen Tonnen zu bestehen. Aber die Kommunisten wissen selbst, daß die bürgerlichen Parteien teils nur 2¼, teils 2 und teils gar nur 1½ Millionen Tonnen der Umlage unterwerfen wollten, und daß es bei den Stärkeverhältnissen im Reichstag unmöglich war, ein höheres Quantum Getreide für die Umlage freizubekommen, als ihr im Vorjahr unterworfen war: 2½ Millionen Tonnen.

Wenn man die Koenen und Genossen mit diesen unwiderleglichen Argumenten in die Enge getrieben hat, dann rufen sie

Sanktionierter Wucher.

Der Reichsrat stimmt der Vorlage auf Erhöhung der Preise für das erste Drittel der Getreide-Umlage zu.

Berlin, 13. Oktober (WTB.) Der Reichsrat hat in seiner heutigen Sitzung unter dem Vorsitz des Ministers Fehr mit 47 gegen 13 Stimmen eine Vorlage angenommen, die die Preise für das erste Drittel der Getreideumlage erheblich erhöht. Der Preis für die Tonne Roggen soll von 6900 auf 20 500, Weizen von 7400 auf 22 500, Gerste von 6700 auf 19 000 und Hafer von 6600 auf 18 000 Mk. erhöht werden. Als Preisbemessung ist das Indexverfahren zugrunde gelegt. Der Umlagepreis ist immer noch nur ein Fünftel des Preises auf dem freien Markt vom 10. Oktober. Angenommen wurde ferner eine Verordnung über Erhöhung der Teuerungszuschüsse für Militärrentner und eine solche über weitere Erhöhung der Anwaltgebühren.

*

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat mit großer Mehrheit die Erhöhung der Preise für das erste Drittel der Getreide-Umlage abgelehnt. Wir machen uns keine Illusionen darüber, daß bei der rasenden Lebensmittel- und Warenpreissteigerung die Preise der Landwirtschaft nicht allein zurückbleiben können. Und darum wird über eine angemessene Erhöhung des Preises für das zweite Umlage-Drittel geredet werden müssen. Die Erhöhung des ersten Drittels, das zum Teil schon abgeliefert oder, wenn das noch nicht geschehen, böswillig zurückgehalten worden ist, darf jedoch nicht vorgenommen werden. Eine solche Erhöhung würde eine Milliarden-Liebesgabe für die Landwirte bedeuten, die die Lieferungssabotage des Landbundes kräftig unterstützen und damit die deutsche Regierung gezwungen haben, für unerschwingliches Geld ausländisches Getreide zur Sicherung der Volksernährung einzuführen. Wenn die Vorlage deswegen an den am 17. Oktober zusammentretenden Reichstag geht, so wird die sozialdemokratische Fraktion dagegen stimmen. Sie wird das um so leichter und ohne ihr volkswirtschaftliches Gewissen zu belasten tun können, als die Landwirtschaft zwar bei dem ursprünglich festgesetzten Preise ein Opfer bringt, dazu aber auch moralisch verpflichtet ist, weil sie der Hauptgewinner des allgemeinen Elends und der ökonomische Nutznießer des deutschen Bankrotts ist.

Skandalöses Urteil!

Dr. Wynecken zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Berlin, 13. Oktober. Die Strafkammer Rudolstadt verurteilte den früheren Leiter der freien Schulgemeinde Wickersdorf, Dr. Gustav Wynecken, wegen Vergehens gegen § 174 des Strafgesetzbuches abermals wie bereits im Jahre 1921 zu einem Jahre Gefängnis.

*

Das seinerzeit ergangene gleichlautende Urteil hat den Protest aller modernen Schulmänner im Verein mit den fortgeschrittenen Geistern des Volkes hervorgerufen. Dieser Protest muß nun verdoppelt werden. Es geht nicht an, daß ein nach ausschließlich juristischen Gründen arbeitendes Gericht über einen Mann aburteilt, der in schöpferischem Drange nach neuen, besseren und natürlicheren Formen der Menschenerziehung ringt, und der deswegen vor den Schranken des Gerichts erscheinen muß, weil ein gemeiner Demunziant die reinen Absichten und Mittel des Pädagogen Wynecken in ihr Gegenteil umbiegt. Wir werden uns mit dem „Fall" Wynecken noch näher befassen.

Abkehr von der Ledebour-Sekte. Wie unser Geraer Bruderblatt mitteilt, hat der Genosse Dannweil (Gera), der den Aufruf der provisorischen Parteileitung der Ledebour-Gruppe mit unterzeichnete, jetzt die Erklärung abgegeben, daß er, veranlaßt durch den Einigungswillen der Geraer Parteimitgliedschaft, sich gleichfalls der geeinten Partei anschließt, um nicht neue Verwirrung in die Arbeiterschaft hineinzubringen. — Nach Rau (Gleiwitz) der zweite!

Vormittag 10 Uhr: Dollar 2712,50

Tendenz sehr unsicher; fast gar kein Geschäft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221013-19/fragment/page=0001

... „Ja, man hätte eben den Reichstag auflösen müssen!" Die Auflösung hätte aber doch nur dann einen Zweck gehabt, wenn dadurch die Getreideumlage günstiger gestaltet werden konnte. War das aber der Fall? Zunächst: Schon Ende Juni, als die Getreideumlage beschlossen wurde, war es höchste Zeit, zu einem klaren Entschluß zu kommen, ob die Umlage für die neue Ernte wieder eingefordert werden sollte oder nicht, sonst war sie organisationstechnisch nicht mehr durchführbar. Auflösung und Neuwahlen hätten den definitiven Beschluß um zirka 90 Tage — innerhalb deren der neugewählte Reichstag hätte zusammentreten müssen — hinausgezögert. Inzwischen wäre die neue Ernte eingebracht worden ohne Umlage. Sie wäre also praktisch erledigt gewesen, ganz gleich wie die Neuwahlen ausgefallen wären.

Oder glauben die Kommunisten etwa, die bürgerlichen Parteien hätten ihnen oder den sozialistischen Parteien zuliebe vor der Reichstagsauflösung schnell noch ein Notgesetz beschlossen, das die Umlageorganisation vorläufig ohne Inhalt aufrechterhalten hätte? So dumm kann doch selbst ein Kommunist nicht sein. Die Umlage war eben überhaupt nur noch möglich, wenn sie damals sofort beschlossen wurde, oder sie war überhaupt nicht mehr möglich. Deshalb kann auch die Frage auf sich beruhen, ob die Neuwahlen eine sozialistisch-kommunistische Reichstagsmehrheit ergeben haben würden. Das aber wäre doch notwendig gewesen, denn selbst wenn die kühnsten kommunistischen Träume erfüllt worden wären und sie auf Kosten der beiden sozialistischen Parteien Mandate gewonnen hätten, so hätte das nicht das geringste genützt, wenn nicht gleichzeitig die bürgerliche Mehrheit beseitigt worden wäre. Aber selbst ein solcher Erfolg hätte die verschwundene Getreideumlage nicht mehr hervorzaubern können.

Die beiden sozialistischen Parteien haben also im Sommer bei der Getreideumlage das getan, was im Interesse des Proletariats allein richtig war: den denkbar stärksten Druck für die Verbilligung des Brotgetreides ausgeübt. Wenn inzwischen der Dollar von 300 auf 3000 Mk. gestiegen ist und dadurch natürlich eine wahnsinnige Erhöhung des Preises für Auslandsgetreide sowie auch des „Mischpreises" und des Brotpreises eingetreten ist, so gehört schon die ganze Gewissenlosigkeit der kommunistischen Demagogie dazu, dafür die von der Sozialdemokratie durchgesetzte Getreideumlage verantwortlich zu machen.

Bekanntlich hat die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei kürzlich mit überwältigender Mehrheit beschlossen, an dem für das erste Umlagedrittel festgesetzten Preise nicht rütteln zu lassen. Wenn trotzdem die Reichsregierung bei Stimmenthaltung der sozialistischen Minister beschlossen hat, beim Reichstag eine Erhöhung für das erste Drittel zu beantragen, so mögen die bürgerlichen Parteien im Reichstage für einen solchen Beschluß die Verantwortung auf sich nehmen. Der Sozialdemokratie wird sie damit die Frage aufdrängen, ob es nicht besser ist, gegen den sich immer klarer herausbildenden Bürgerblock geschlossen und energisch in Opposition zu treten, statt mit einem Teil dieses Blocks gemeinsam die allgemeine Verantwortung für die Führung der Reichsgeschäfte zu tragen.

Den Kommunisten gegenüber aber muß in der Frage der Getreideumlage einmal der Spieß umgedreht werden. Während nämlich die Sozialisten es durchgesetzt haben, daß der Preis für das erste Umlagedrittel gesetzlich festgelegt wurde, wollten die Kommunisten die Preisfestsetzung für das ganze Jahr — der Regierung übertragen! Unglaublich, aber wahr! Sie haben beantragt:

„Die Reichsregierung setzt die für das ganze Erntejahr geltenden Preise, die den Erzeugern für das Umlagegetreide zu zahlen sind, im Einvernehmen mit einem Ausschuß fest."

Wenn man den Kommunisten im Sommer gefolgt wäre, könnte jetzt die Reichsregierung ohne Reichstag die Preise einfach erhöhen „im Einvernehmen mit einem Ausschuß". Daß die Kommunisten diesem Ausschuß, dessen Einsetzung sie von einer bürgerlichen Reichstagsmehrheit forderten, eine proletarische Mehrheit sichern wollten, macht die Sache nur noch grotesker: Feigen vom Dornstrauch fordern! Die bürgerlichen Parteien hätten den kommunistischen Vertrauensantrag für die Regierung nur anzunehmen und den Ausschuß in ihrem Sinne zu gestalten brauchen, und die Bahn wäre jetzt frei für die Festsetzung der Preise für das erste Umlagedrittel in Höhe der Weltmarktpreise. Das verhindert zu haben beim Umlagegesetz ist das Verdienst der deshalb jetzt von den Kommunisten geschmähten und verlästerten Sozialdemokratie.

Endlich!

Paris, 13. Oktober. Wie uns mitgeteilt wird, hat nach einer soeben eingegangenen vorläufigen Nachricht des französischen Außenministeriums der Präsident der französischen Republik von den noch in Toulon zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen **22 vollkommen begnadigt und die Strafen der übrigen 4 im Gnadenwege gemildert.** Die Entlassung der 22 Begnadigten wird in Deutschland allgemein mit großer Befriedigung aufgenommen werden, damit wird sich allerdings der dringende Wunsch verbinden, daß auch den letzten 4 Gefangenen alsbald die Rückkehr in die Heimat ermöglicht wird.

Gegen die Spekulanten.

Eberts Notverordnung.

Zahlungen in Valuta bei Inlandsgeschäften verboten. — Erwerb ausländischer Zahlungsmittel nur nach Genehmigung der Prüfungsstelle. — Gefängnis bis zu 3 Jahren.

Die Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln vom 12. Oktober 1922 hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des **Artikels 48 der Verfassung** des Deutschen Reiches **wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit** und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1. Die Zahlung in ausländischen Zahlungsmitteln darf bei **Inlandsgeschäften** im Sinne des § 1 Abs. 3 des Gesetzes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 2. Febr. 1922 (RGBl. S. 195) **nicht gefordert**, angeboten, ausbedungen, geleistet oder angenommen werden.

Im Kleinhandelsverkauf ist auch die Preisstellung in inländischen Zahlungsmitteln auf der Grundlage einer ausländischen Währung **verboten**. Entsprechende Vorschriften für sonstige Inlandsgeschäfte bleiben vorbehalten.

Zahlungsmittel im Sinne dieser Verordnung sind Geldsorten, Papiergeld, Banknoten u. dgl., Auszahlungen, Anweisungen, Schecks und Wechsel.

§ 2. Der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel ist nur nach **vorheriger Genehmigung der Prüfungsstelle zulässig**, in deren Bezirk der Auftraggeber seine gewerbliche Niederlassung, mangels solcher seinen Wohnsitz, mangels beider seinen Aufenthalt hat. Der Genehmigung bedarf es nicht, **wenn der Auftrag von der Reichsbank oder von Banken oder Bankiers im Sinne des § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 2. Februar 1922 oder von einer Person oder** Personenvereinigung erteilt ist, die im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen ist und der die zuständige Handelskammer eine Bescheinigung darüber erteilt hat, daß ihr Gewerbebetrieb Geschäfte regelmäßig mit sich bringt, zu deren Abwicklung Zahlungen nach dem Auslande notwendig sind.

§ 3. Die in § 1 des Gesetzes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 2. Februar 1922 bezeichneten Banken und Bankiers dürfen Verkaufsgeschäfte über ausländische Zahlungsmittel nur abschließen, wenn sie sich über die Person des Antragstellers vergewissert haben. Ist die Person des Antragstellers nicht bekannt, so haben sich die Banken und Bankiers die Gewißheit durch Einsichtnahme in einen mit Lichtbild versehenen behördlichen Personalausweis zu verschaffen.

Die Auftraggeber haben vor oder beim Abschluß des Geschäftes einen Beleg in 3 Stücken, Ausländer, für die nach den Vorschriften der Reichsabgabenordnung vom 13. Dez. 1919 (RGBl. S. 1993) die Zuständigkeit eines Finanzamtes nicht gegeben ist, in 2 Stücken einzureichen, aus dem ihr Name, Stand, gewerbliche Niederlassung, Wohnsitz oder Aufenthaltsort, Wohnung, Finanzamt und Gegenstand des Geschäfts und, soweit es sich um Erwerb von ausländischen Zahlungsmitteln handelt, der Verwendungszweck ersichtlich ist.

Die in Abs. 1 bezeichneten Banken und Bankiers haben nach Abschluß des Geschäftes 1 Stück von jedem Beleg dem für den Auftraggeber zuständigen Finanzamt zu übersenden, es sei denn, daß der Auftraggeber ein Ausländer ist, für den nach den Vorschriften der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 (RGBl. S. 1993) die Zuständigkeit eines Finanzamtes nicht gegeben ist. 1 Stück ist der Prüfungsstelle der gewerblichen Niederlassung, mangels solcher des Wohnsitzes, mangels beider des Aufenthaltsortes des Auftraggebers zu übermitteln. 1 Stück ist 3 Jahre aufzubewahren.

§ 4. **Die Prüfungsstellen haben die ihnen übersandten** Belege daraufhin zu prüfen, ob die Zahlungsmittel zur Bezahlung von Einfuhrwaren, zur Abdeckung von damit zusammenhängenden Verbindlichkeiten (Frachten, Versicherungen, Provisionen, Spesen usw.), zur Abdeckung von Verbindlichkeiten, deren Zahlung in ausländischer Währung zu erfolgen hat, oder zu sonstigen im Interesse der deutschen Wirtschaft notwendigen Zwecken erforderlich gewesen sind, ob der Verwendungszweck richtig angegeben ist und ob die Zahlungsmittel zu dem angegebenen Zweck verwendet worden sind. **Zu diesen als zulässig erachteten Zwecken gehören nicht Käufe von ausländischen Zahlungsmitteln zu Zwecken der Spekulation oder der Vermögensanlage.**

§ 5. Ergibt die Prüfung, daß die ausländischen Zahlungsmittel zu anderen als den im § 4 angegebenen Zwecken erworben oder verwendet worden sind, so kann die hierfür bestimmte Stelle anordnen, daß diesen Erwerbern künftig ausländische Zahlungsmittel nur nach vorheriger Genehmigung der zuständigen Prüfungsstelle abgegeben werden dürfen.

Gegen diese Anordnung steht den Betroffenen binnen einer Woche die Beschwerde an den Reichswirtschaftsminister zu, der endgültig entscheidet.

Endgültig getroffene Anordnungen dieser Art sind im „Reichsanzeiger" bekanntzumachen.

§ 6. Personen, die ausländische Zahlungsmittel erworben haben, haben der Prüfungsstelle alle von ihr zur Prüfung der Verwendung dieser Zahlungsmittel für erforderlich gehaltene Auskünfte zu erteilen und die nötigen Unterlagen vorzulegen.

§ 7. Geschäfte, die entgegen dem Verbot des § 1 abgeschlossen werden, sind nichtig.

Die Nichtigkeit kann nicht zum Nachteil von Personen geltend gemacht werden, die den die Nichtigkeit begründenden Sachverhalt beim Abschluß des Geschäftes nicht kannten.

§ 8. Mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und mit Geldstrafe in Höhe des Ein- bis Zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel oder mit einer **dieser Strafen wird bestraft:**

1. **Wer vorsätzlich den Vorschriften des § 1 des Gesetzes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 2. Februar 1922 oder den Vorschriften des § 1 dieser Verordnung zuwiderhandelt;**
2. **Wer vorsätzlich den Vorschriften des § 2 oder einer gemäß § 5 Abs. 2 bekanntgemachten Anordnung zuwider ausländische Zahlungsmittel ohne die vorherige Genehmigung der zuständigen Reichsbankanstalt erwirbt.**

In gleicher Weise werden Inhaber von Bankgeschäften, deren gesetzliche Vertreter, Bevollmächtigte und Angestellte **bestraft, wenn sie vorsätzlich den Vorschriften des § 2 oder einer gemäß § 5 Abs. 1 bekanntgemachten Anordnung zuwider ausländische Zahlungsmittel ohne die vorherige Genehmigung der zuständigen Reichsbankanstalt abgeben.**

In den Fällen des Absatz 1 und 2 kann in leichteren Fällen eine geringere als die zulässige Mindeststrafe erkannt werden.

Wer die Tat fahrlässig begeht, wird mit Geldstrafe bis zum Fünffachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel bestraft.

Bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung sind die ausländischen Zahlungsmittel, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, zugunsten des Reiches einzuziehen, sofern sie einem Täter oder Teilnehmer gehören. Erweist sich die Einziehung als nicht ausführbar, so kann das Gericht (Strafprozeßordnung § 494) nachträglich durch Beschluß die Einziehung des Wertes anordnen.

Der Feststellung des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel ist der Kurswert der Berliner Börse im Zeitpunkt der verbotenen Handlung zugrunde zu legen.

§ 9. Inhaber von Bankgeschäften, deren gesetzliche Vertreter, Bevollmächtigte und Angestellte werden mit Geldstrafe bis zu Einhunderttausend Mark bestraft, wenn sie vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften des § 3 Absatz 1 dieser Verordnung zuwiderhandeln, oder die in § 3 Absatz 3 aufgeführten Belege nicht oder unvollständig einreichen.

§ 10. In den Fällen des § 8, Abs. 2, § 9 finden die Vorschriften des § 381 der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 (RGBl. S. 1993) und des § 7 des Gesetzes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 2. Februar 1922 entsprechende Anwendung.

§ 11. Wer vorsätzlich oder fahrlässig die in § 3 Abs. 2 vorgeschriebenen Angaben unvollständig oder falsch macht, oder die gemäß § 6 von ihm geforderten Auskünfte nicht, nicht innerhalb der gesetzten Frist oder falsch gibt, wird mit Geldstrafe bis zu einer Million Mark bestraft.

§ 12. Prüfungsstellen im Sinne dieser Verordnung sind die Reichsbankstellen, sofern nicht die Reichsregierung im Einvernehmen mit der Reichsbank eine andere Stelle bestimmt.

§ 13. §§ 2, 3, 5 und 6 des Gesetzes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 2. Februar 1922 werden vorübergehend außer Kraft gesetzt.

§ 14. Der Reichswirtschaftsminister erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Er kann im einzelnen Falle oder für bestimmte Gruppen von Fällen Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zulassen.

§ 15. Diese Verordnung tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 12. Oktober 1922.

Der Reichspräsident. Ebert.
Gegengezeichnet. Bauer.

Schutz dem Hochverräter.

Die Rheinlandkommission breitet ihre Fittiche über den Hochverräter Smeets aus.

Die Rheinlandkommission hat ersucht, daß die von deutschen Gerichten über den Hochverräter Smeets verhängten Strafen nicht vollstreckt werden dürfen. In ihrer Begründung sagt die Rheinlandkommission, daß die Taten des Smeets von „einer winzigen Wichtigkeit" sind, daß die deutschen Gerichtsbehörden „nicht beseelt seien von der Sorge um eine genaue Gerechtigkeit" und daß Herr Smeets wegen politischer Ver-

Hallisches Kunstleben.

Erhöhung der Eintrittspreise im Stadttheater.

Das Stadttheater schreibt uns:

Kaum ein Monat ist vergangen, seit das Stadttheater infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage sich genötigt sah, seine Eintrittspreise dem Stande der fortschreitenden Geldentwertung einigermaßen anzupassen, und schon wieder stehen Magistrat und Intendanz vor der unvermeidlichen Notwendigkeit, das kunstbedürftige Publikum finanziell in erhöhtem Maße zu belasten. Am Montag, dem 16. Oktober, müssen die Preise für alle Plätze des Theaters erhöht werden. Dem Eingeweihten wird die Mitteilung als selbstverständlich erscheinen. Er kennt die ungeheuren Unkosten, die ein großzügiger, moderner Theaterbetrieb erfordert. Er weiß auch, daß die jetzigen Einnahmen trotz fast täglich ausverkaufter Häuser in keiner Weise dem Ausgabenetat angepaßt sind. Dem nicht so tief in den kaufmännischen Betrieb eines Theaters Eingeweihten mögen ein paar vergleichende Zahlen die Gewißheit geben, daß die städtische Bühne nichts weiter tut, als das, was jeder einzelne im Leben heute und immer wieder durchmacht: daß sie nur den Kampf um ihre Existenz führt! Es sind selbstverständliche Dinge, daß die Gagen und Löhne für alle Angestellten des Theaters, die sich trotzdem noch um die Grenze des Existenzminimums bewegen, mit der allgemeinen Teurungswelle gestiegen sind. Ebenso sind es aber auch alle anderen Ausgaben, die für den Betrieb eines Theaters erforderlich sind. Die Kilowattstunde Lichtstrom kostete vor dem Kriege 0,35 Mk., heute kostet sie 39,30 Mk., also mehr als das Hundertzehnfache des Friedenspreises; Kraftstrom kostete 1914 12 bis 15 Pf., heute 25 Mk., also mehr als das Hundertfünfzigfache. Der Preis für einen Zentner Koks betrug damals 1,75 Mk., heute etwa 550 Mk. Das entspricht einer Steigerung um mehr als das Dreihundertfache. Ein Quadratmeter Sperrholz kostete früher 1,20 Mk., heute 450 Mk., also das Dreihundertfünfundsiebzigfache. Ein Meter Leinwand früher 0,60 Mk., heute 300 Mk., also das Fünfhundertfache; ein Kilo Leim 1914 25 Pf., heute 180 Mk., das bedeutet eine Erhöhung um das Siebenhundertzweiundzwanzigfache! Und so ist es mit allen anderen Bedarfsartikeln. Demgegenüber steht eine nur mäßige Erhöhung der Eintrittspreise. Ein Platz in der Vorbühnenlaube kostete 1914 4,10 Mk., ein Sperrsitzplatz 3,10 Mk., ein Platz im II. Ring 1,40 Mk.; heute betragen die Preise 150 Mk., 100 Mk. und 50 Mk., das bedeutet im Durchschnitt nur eine Erhöhung um etwa das Fünfunddreißigfache des Friedenspreises. Bedarf es noch beweiskräftigerer Tatsachen?

Angesichts einer derart ungeheuren Belastung des Ausgabenetats unseres Theaters wird jeder einsehen, daß es nicht zu umgehen ist, erhöhte Einnahmen zu schaffen. Es handelt sich dabei nicht allein um den Augenblick, es handelt sich ebenso und mehr noch um die Frage: Soll unsere Bühne bestehen bleiben? Jeder, dem es ernst um die Erhaltung der inneren Werte unseres Volkes ist, trage an seinem Teil dazu bei, daß das drohende Gespenst der Schließung des Theaters, das zurzeit in anderen Städten wieder auftaucht, von Halle ferngehalten wird. Jeder bringe das kleine Opfer, das seinem Geldbeutel auferlegt wird, in der freudigen Zuversicht, daß es gelingen wird, bei der regen Teilnahme wie bisher das Theater fortzuführen.

Dr. G.

Der Bunte Abend des Arbeiterbildungsausschusses am Donnerstagabend im „Volkspark" war wieder ein Beweis dafür, daß eine allzu reichhaltige Vortragsfolge die Wirkung des Gebotenen nur zu beeinträchtigen vermag. Der erste Teil des Abends hätte vollauf genügt! Vor allem kommt bei einer Veranstaltung des Arbeiterbildungsausschusses in Betracht, daß die Hörer ausnahmslos von schwerer Tagesarbeit kommen und bedeutend weniger aufnahmefähig sind, als es das „bessere" Publikum der bürgerlichen Veranstaltungen sein sollte. Die Vortragsfolge an sich verstärkte mit ihren sentimentalen Tendenzen („Loreley", „Du bist wie eine Blume", „Ich grolle nicht") den schleppenden Gang des Abends. Die Trinklieder des Bassisten gehörten allerdings besser in ein Korpshaus statt in eine Veranstaltung des Arbeiterbildungsausschusses. Das Cellospiel des Herrn Graul war eindrucksvoll und bot echte Gefühlsmomente. Leo Schönbach begleitete sicher und unaufdringlich die allzu gebefreudigen Künstler. Ohne Zweifel gelingt es dem anerkennenswerten Streben des Arbeiterbildungsausschusses, seinem nächsten musikalischen Abend die einheitliche Linie zu geben, die allein zu wahrem Kunsterlebnis führt.

/ L. Kl.

Stadttheater. Infolge plötzlicher Erkrankung eines in einer Hauptpartie beschäftigten Mitgliedes ist für heute eine Spielplanänderung notwendig geworden. An Stelle der ursprünglich angesetzten Operette „Polenblut" geht heute die Oper „Bohème" von Puccini in Szene. Die Erstaufführung von „Polenblut" ist auf Sonntag, den 15. Oktober, verschoben. Die für heute bereits gelösten Eintrittskarten gelten zum Besuch der Oper „Bohème". Wer die Karten dazu nicht benutzen will, kann sie gegen Erstattung des Eintrittspreises an der Kasse des Stadttheaters in den Kassenstunden bis spätestens Freitag abend 7¼ Uhr zurückgeben. Sonnabend 7 Uhr „Peer Gynt", Sonntag vormittag 11¼ Uhr Gerhart-Hauptmann-Morgenfeier, Sonntag nachmittag 3 Uhr „Der Waffenschmied", Sonntag abend 7½ Uhr „Polenblut", Montag 7¼ Uhr „Jedermann".

Gerhart Hauptmanns „Opfer", das dramatische Weltbekenntnis des Sechzigjährigen, voll von tiefem Ethos und reiner Menschlichkeit, entfesselte bei der Dresdner Uraufführung einen nicht enden wollenden Beifallssturm. Das Stück kommt in einem besonders kennzeichnenden Teil bei der Hauptmann-Morgenfeier am nächsten Sonntag zur ersten Aufführung im Stadttheater. Für sein Verständnis und das der zur Rezitation weiter ausgewählten Vers- und Prosastücke werden kurze inhaltliche Einführungen gegeben. Karten zu halben Kassenpreisen an der Kasse des Stadttheaters. Beginn der Morgenfeier 11¼ Uhr vormittags.

Im Thalia-Theater geht am Sonntag 7¼ Uhr die Komödie „Bunbury" (Ernst sein ist alles) von Oscar Wilde in Szene. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters und an der Abendkasse im Thalia-Theater.

„Der Waffenschmied", die mehrmals schon im Stadttheater aufgeführte Lortzing-Oper, kommt am Sonntag, dem 15. Oktober, nachmittags 3 Uhr, als Sondervorstellung des Arbeiter-Bildungsausschusses zur Aufführung. Karten zu ermäßigten Preisen: 70 Mk. (Logen, Sessel, 1. Ring und Sperrsitz), 35 Mk. (2. Platz und 2. Ring, Vorderreihen), 25 Mk. (3. Ring) und 15 Mk. (Oberring), sind im Arbeitersekretariat, Harz 42/44, zu haben.

Romantische Maler in der Freien Volksbühne. Für den am Sonnabend, dem 28. Oktober, abends 8 Uhr, stattfindenden Lichtbildervortrag, der den deutschen Malern der Romantik gewidmet ist, wurde der Mitarbeiter Direktor Justis von der Berliner Nationalgalerie, Dr. Alois Schardt, gewonnen. In zahlreichen Lichtbildern nach Werken C. D. Friedrichs, Spitzwegs, Schwinds, Richters und anderer wird sich den Besuchern das Reich romantischer Malerpoesie erschließen. Der Kartenverkauf (12 Mk.) beginnt am Freitag, dem 13. Oktober, abends 6 bis 7 Uhr, in der Geschäftsstelle und wird an den folgenden Tagen von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 5 Uhr fortgesetzt.

Philharmonie. Mahlers „Lied von der Erde" und Mussorgskis „Lieder und Tänze des Todes" gelangen im nächsten Philharmonischen Konzert am 29. und 30. Oktober (Leitung Dr. Göhler) in Halle zur Erstaufführung unter Mitwirkung der stimmgewaltigen Altistin Maria Olszewska und des Heldentenors Rudolf Balve. Der Verkauf der wenigen noch verfügbaren Karten hat bei Hothan begonnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221013-19/fragment/page=0002

gehen verfolgt wurde. Wenn man berücksichtigt, daß Smeets in verschiedenen Artikeln dem deutschen Reichspräsidenten vorgeworfen hat, er sei ein Säufer und habe, während das deutsche Volk hungerte, rationierte Lebensmittel ohne Marken bezogen, dann kann man — gelinde gesagt — in der Begründung der Rheinlandkommission nur eine unbegreifliche diplomatische Unfreundlichkeit gegen das deutsche Staatsoberhaupt erblicken. Weiter hat Smeets verschiedene deutsche Beamte als „gemeiner Bandit" und „Landesverräter" beschimpft und ihnen „unerhörte Brutalität", „hundsgemeine Handlungsweise" u. a. vorgeworfen. Der vielgerühmten Demokratie des europäischen Westens kann unmöglich ein schlechteres Zeugnis ausgestellt werden als dadurch, daß die Rheinlandkommission die niederträchtigen Beleidigungen des Reichspräsidenten und anderer deutscher Beamter als „Tatenvorwinziger Wichtigkeit" bezeichnet.

An Lenin!

Italienische Anarchisten, Sozialrevolutionäre und Lenin.

Der italienische Anarchistenbund, vertreten durch sein Zentralorgan, das sich in Livorno befindet, hat nach Moskau folgende Erklärung gesandt:

Rom, 7. Oktober.

„Herr Lenin! Wenn auch die Geschichte aller Staaten, aller Staatslenker, von absoluten bis zu demokratischen, von monarchistischen bis zu republikanischen und ebenso Ihre persönliche Diktaturtätigkeit uns gelehrt haben, keine Hoffnung auf diese Sendung zu setzen, zu der wir aus dem Solidaritätsgefühl mit den in Moskau verurteilten Sozialrevolutionären und zu ihrer Verteidigung bewogen wurden, wollen wir doch unsere Stimme mit den unzähligen aller proletarischen Stimmen vereinigen, die im Namen der Menschheit, durch ihre systematischen Verfolgungen der Anarchisten, Syndikalisten und Sozialisten verlebt wurden, und von Ihnen nicht Gnade, sondern Gerechtigkeit verlangen.

Befreien Sie alle politischen Gefangenen! Herr Lenin! Mag dieser Schrei, der aus den Kehlen von Millionen von Hand- und Kopfarbeitern erklingt, Ihnen zur Warnung dienen. Befreien Sie die politischen Gefangenen; damit werden Sie die Hoffnung rechtfertigen, daß es der Tyrannei, wenn sie auch sich unter einem anderen Namen verbirgt, noch nicht gelungen ist, in Rußland die elementarsten Freiheiten zu zerbrechen.

Wir warten! . . ."

In einem anderen Aufruf protestiert der italienische Anarchistenbund gegen die Verhaftung des bekannten Anarchisten Schapiro, dem ungeachtet seiner zerstörten Gesundheit die Verschickung in die nördlichen Gouvernements droht.

Volk und Recht.

Die Klagen über die Rechtsnot des Volkes sind schon Jahrzehnte alt. Die Zustände sind aber trotzdem immer unhaltbarer geworden. Die Ursachen der Notstände gehen, was man bisher viel zu wenig beachtet hat, auf ganz verschiedene Quellen zurück. Es ist das Verdienst von Dr. Fritz Juliusberger, der im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, ein Buch „Volk und Recht" (Preis 50 Mk.) hat erscheinen lassen, durch Zurückgehen auf diese letzten Quellen in völlig neuer Beleuchtung aufzudecken, wo man die eigentlichen Unzulänglichkeiten zu suchen hat. Hierbei kam ihm nicht nur seine reiche Erfahrung als Anwalt zustatten, sondern es findet sich in der vorliegenden Schrift der Niederschlag zahlreicher Veröffentlichungen aus den letzten Jahren des literarisch fruchtbaren Verfassers, die dem Leser die großen Zusammenhänge in verständlicher Form zeigen. Den Hauptwert der Schrift erblicken wir aber darin, daß sie nicht nur Kritik übt, wenn dies auch nach völlig neuen Gesichtspunkten geschieht, sondern in dem Umstande, daß Juliusberger zahlreiche Verbesserungsvorschläge macht. Es handelt sich hierbei namentlich um solche Reformen, die den ärmeren Bevölkerungsschichten zugute kommen. Für die Wohldurchdachtheit dieser Vorschläge spreche namentlich die Tatsache, daß sie fast durchweg ohne besondere Kosten ausführbar sind, teilweise sogar im Verwaltungswege, also ohne Inanspruchnahme der schwerfälligen Gesetzgebungsmaschine.

Wirtschaftspolitik.

Stinnes auf dem Balkan.

Die Stinnessche Kapitalvermehrung und die deutsche Volkswirtschaft.

Die Tätigkeit des deutschen Großindustriellen Stinnes, der erst kürzlich durch seinen Wiederaufbauvertrag mit Luberſac die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat, scheint sich in den letzten Wochen wieder erhöht der Aufschließung des südöstlichen Europas zugewendet zu haben. Bekanntlich hat sich schon früher Stinnes durch den Erwerb der Alpinen Montangesellschaft in Oesterreich, dem größten österreichischen Hüttenkonzern, eine überragende Ausgangsstellung für diesen Zweck geschaffen. Jetzt hat er von da aus sich an der Gründung eines großen Eisenhandelsunternehmens am Balkan, der Jugoslawischen Montansyndikats-A.-G. maßgebend beteiligt. Ziemlich gleichzeitig sind Verhandlungen zwischen der Britisch-Ungarischen Bank mit dem Stinnes-Konzern zum Abschluß gekommen, die einen Ausbau des ungarischen Lipta-Werkes für Bau- und Eisenindustrie mit deutscher Hilfe bezwecken und die dem Stinnes-Konzern in dem Aufsichtsrat der Gesellschaft die Hälfte der Sitze einbringen. Das Kapital des Unternehmens wird dazu beträchtlich erhöht. So wächst die internationale Verflechtung der kapitalistischen Interessen, ohne daß bisher ersichtlich wäre, inwieweit auch der deutschen Volkswirtschaft daraus ein unmittelbarer Vorteil entsteht, die bei der gegenwärtigen Warenknappheit für einen Export nach den Ländern mit niedriger Valuta nur wenig Bewegungsfreiheit hat.

Wöchentliche Indexziffern.

Die Verminderung der Kaufkraft der Mark. — Der verhängnisvolle Einfluß der Notenhamsterei.

Von amtlichen und privaten Stellen Deutschlands werden seit geraumer Zeit meist alljährlich nach den verschiedenen Methoden Meßziffern der Großhandels- und Kleinhandelspreise, des Nahrungsmittelaufwands, der Unkosten der Lebenshaltung (Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Heizung usw.) berechnet. Diese Ziffern sind jedoch infolge der rasch wechselnden Preise gewöhnlich schon durch die Entwicklung überholt und veraltet, wenn sie veröffentlicht werden. Es liegt deshalb unstreitig ein Bedürfnis vor, den Grad der Preisschwankungen in kürzeren Zeiträumen statistisch zu erfassen. Von verschiedenen Seiten werden deshalb jetzt schon wöchentliche Indexziffern berechnet. Der Wirtschaftsstatistiker Richard Calwer, dessen Berechnungen des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwands einer vierköpfigen Familie seit dem Jahre 1897 von Monat zu Monat veröffentlicht werden, stellt jetzt nach der gleichen Methode auch Meßziffern von Woche zu Woche auf. Er berechnet dabei drei verschiedene Rationen, nämlich eine sogenannte „große", die auf der dreifachen Verpflegungsportion des deutschen Marinesoldaten in der Vorkriegszeit aufgebaut ist, eine „kleine Ration", bei der von einer Kost ausgegangen wird, mit der vor 50 bis 70 Jahren die ärmsten Volksschichten in norddeutschen Gegenden auskommen mußten, und eine „mittlere Ration", die das arithmetische Mittel aus den beiden erstgenannten darstellt. Während die große Ration noch zahlreiche Nahrungs- und Genußmittel umfaßt, die man heute in der Mehrzahl der deutschen Haushaltungen fast nur noch dem Namen nach kennt, kann man die kleine Ration, bei der Kartoffeln und Brot bei weitem überwiegen, kaum noch als ausreichend bezeichnen. Trotzdem sind diese Indexziffern für die Fertigstellung der graduellen Verteurung der Lebensmittel von Woche zu Woche außerordentlich wichtig.

Nach Calwers Berechnungen betrugen die Kosten des Nahrungsmittelaufwands einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, je Woche in Mark:

	Große Ration	Kleine Ration	Mittlere Ration
8. September . .	8309,99	1049,60	2179,79
15. „ . .	4139,19	1079,00	2609,09
22. „ . .	4190,43	1092,40	2641,41
29. „ . .	4626,98	1267,00	2946,98
6. Oktober . . .	5827,67	1528,60	3428,63

Für Juni 1914 berechnete sich die große Indexziffer auf 2,48 Mark, die kleine auf 6,89 Mk. und die mittlere auf 15,81 Mk. Bis zum 6. Oktober 1922 ergibt sich hiernach eine Steigerung für die große Ration auf das 190,17fache, für die kleine auf das 195,88fache und für die mittlere auf das 191,86fache der letzten Vorkriegszeit.

In diesen Ziffern spiegelt sich die Verminderung der Kaufkraft der Mark an den inländischen Lebensmittelmärkten. Es ist zu berücksichtigen, daß der Dollarkurs sich am letzten Stichtage (6. Oktober) in Berlin auf 2160 stellte. Das bedeutet eine Senkung der Mark etwa auf den 515. Teil ihres Vorkriegswertes. Da der Papiergeldumlauf am 30. September 1922 in Deutschland rund 331 Milliarden Mark betrug, und bis zum 6. bzw. 7. Oktober etwa 350 bis 355 Milliarden Mark erreicht haben dürfte, so wäre rechnerisch die Entwertung, die sich im Dollarkurs ausdrückt, und die inländischen noch bedeutend weitere Fortschritte gemacht hat, auch nicht entfernt gerechtfertigt. Hier zeigt sich deutlich der verhängnisvolle Einfluß der Notenhamsterei, und des immer weiter um sich greifenden Unsinns der Berechnung von Inlandspreisen in Dollar und anderen Edelvaluten.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaft: H. O. H. Schulz; für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: Gottlieb Kaiser; für den provinziellen Teil: Karl Garbe; für das Feuilleton: Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Willy Herz; sämtlich in Halle (Saale). Druck u. Verlag: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle (Saale). Fer. 12744.

Aus Feigheit geständig.

Techows Zusammenbruch.

Ein jämmerlicher Eindruck. — Kern soll Techow im Fall der Weigerung der Mithilfe mit Erschießen bedroht haben. — Mörder und Feigling.

Leipzig, 12. Oktober.

Um 9 Uhr eröffnete Senatspräsident Dr. Hagens die Sitzung. Bevor er den Anwälten das Wort zu ihren Plädoyers erteilt, wandte sich Dr. Hagens noch einmal an den Angeklagten Günther und teilte ihm mit, daß seine Tat nach § 257 Abs. 3 StGB. auch als Begünstigung aufgefaßt werden könne. Bei Ernst Werner Techow könne sowohl Mittäterschaft als auch Beihilfe angenommen werden. Präsident Dr. Hagens fuhr dann fort: Lieber

Techows Motive,

die ihn zu der Tat getrieben haben, herrscht noch immer nicht volle Klarheit. Sie, Angeklagter Techow, haben erklärt, Sie seien nicht davon überzeugt gewesen, daß es Kern mit der Auffassung seines Vorhabens ernst gewesen ist. Sie hätten sich aber auf alle Fälle gebunden gefühlt, da Sie ihm Ihr Ehrenwort gegeben haben und Sie haben hier auch selbst erklärt, daß Sie Ihr Ehrenwort niemals brechen würden. Sagen Sie uns jetzt noch,

weshalb Sie Ihr Ehrenwort gegeben

haben, wenn Sie von den Gründen Kerns nicht überzeugt gewesen sind. — Angekl. Ernst Werner Techow: Es ging alles so furchtbar schnell. Ich hatte an dem Freitagabend bei Schütt gar keine Zeit zu überlegen. — Vors.: Techow, haben Sie vielleicht früher einmal Kern Ihr Ehrenwort gegeben, daß Sie ihn immer und unbedingt helfen würden? — Techow (unsicher): Ich gab Kern nur einmal das Ehrenwort und das war an dem Abend bei Schütt. Aber als ich das getan hatte, da mußte ich mitmachen, ob ich wollte oder nicht. Kern hatte mir die Hand ausgestreckt und ich mußte sie nehmen, ich konnte nicht mehr anders. — Vors.: Techow, Sie sagen hier, Sie mußten. Hier herrscht eine Unklarheit. Weshalb mußten Sie denn? — Angekl. Techow (fast unverständlich): Darüber möchte ich nicht sprechen. Wenn ich das hier erzählen wollte, würde es ein schlechtes Licht auf Kern werfen. — Vors.: Techow, denken Sie jetzt an sich, denken Sie an Ihre Familie, denken Sie an Ihre Mutter! Kern ist tot und Ihnen, das überlegen Sie sich doch, kann unendlich viel passieren.

Es geht um Ihr Leben.

Sprechen Sie sich aus. Weshalb gaben Sie oder mußten Sie Kern Ihr Ehrenwort geben?

Techow (völlig zusammengebrochen, weinend): Herr Präsident haben diesen Punkt schon einmal gestreift. Ich habe damals eine falsche Aussage gemacht, um das, was passiert war, zu verbergen. Kern hätte mich, wenn ich mich geweigert hätte, niedergeschossen. (Der Angeklagte weint. Bewegung im Saal. Auch die Verteidiger können zum Teil ihre Bewegung nicht verbergen.)

Vors. (nach einer Pause): Also das ist es! Sie fürchteten, daß Kern Sie niederschießen würde? Techow, ist das nun die reine Wahrheit?

Techow (weinend): Jawohl.

Vors.: Beruhte diese Furcht Ihrerseits auf Tatsachen oder auf Aeußerungen Kerns?

Techow: Auf Aeußerungen Kerns.

Vors.: Techow, es geht um Ihr Leben, lassen Sie jetzt alle vermeintliche Rücksicht auf den Verbrecher Kern fallen. Sagen Sie mir, was Kern Ihnen gesagt, wie er Ihnen gedroht hat.

Techow (mühsam sprechend): Kern sagte: „Wenn du dich weigerst, dann schieße ich dich nieder." (Große Bewegung.)

Oberreichsanwalt Ebermayer: War bei dieser Drohung Kerns noch jemand zugegen?

Angekl. Techow: Nur Fischer. (!)

Die Plaidoyers der Verteidiger.

Sonnabend Urteilsverkündigung.

Rechtsanwalt Feld schließt sich kurz dem Antrag des Oberreichsanwalts an, der die Anklage gegen Boß fallen gelassen hat. Die Verteidiger Ernst Werner Techows erhalten das Wort. Justizrat Hahn beginnt mit einer Mohrenwäsche. Es sei festgestellt, daß rechtsstehende Gruppen, daß die Organisation C nicht beteiligt ist, es ist die Tat eines unreifen Politikers. Niemand habe bestritten, daß Rathenau das beste für sein Vaterland gewollt hat. Der Verteidiger kennt offenbar die „Literatur" nicht, aus der die Angeklagten ihre politische Weisheit geschöpft hatten. Mit sittlicher (!) Entrüstung wendet er sich gegen den Antrag, der den Angeklagten die Ehrenrechte abspricht. Rechtsanwalt Sack beginnt mit der Mahnung an das Gericht, nicht vom Boden des Rechtes abzuweichen. Auch er verteidigt die „heterisch" angegriffene Organisation C, die für die Republik gekämpft habe. (!) Er geht auf die Einzelheiten der Vorgänge ein. Techow sei Mitheifer, nicht Mittäter. Rechtsanwalt Quetzebrune als dritter Verteidiger erörtert die rechtliche Grundlage. Nach einer Pause erhält Günthers Verteidiger, Rechtsanwalt Gollnick, das Wort. Er sucht darzulegen, daß für Günther nur Beihilfe zum Totschlag in Betracht kommt. Der Verteidiger weist darauf hin, daß die bekannten, auch hier zitierten Stellen aus Rathenaus Kaiserschrift lediglich ein Bekenntnis zu Hegels Geschichtsphilosophie seien, die die historische Schuld aus der Sphäre des Moralischen heraushebt. Die Plädoyers werden voraussichtlich heute beendet. Der Gerichtshof wird voraussichtlich am Freitag beraten und am Sonnabend das Urteil verkünden.

Hildas Geheimnis.

61] Roman von Maria Linden.

Als sie gehört hatte, daß Mathilde die Aufsicht hatte, die Gattin eines Ehrenmannes zu werden, war ihr eine Zentnerlast von der Seele gefallen. Lady Glendower fragte jetzt die junge Erzieherin in englischer Sprache:

„Haben Sie gehört, was für einen Roman der Herr erzählt hat?"

Hilda hätte die Unterhaltung gern noch länger belauscht, aber sie mußte der Gräfin antworten.

„Jawohl, Frau Gräfin," sagte sie.

„Gut erfunden, nicht wahr?" fragte Lady Glendower. „Solche Ereignisse kommen nur in Romanen vor. Wozu ist denn die Polizei da? Doch in erster Linie nur dazu, um derartige haarsträubende Verbrechen zu verhindern. Die Mädchen brauchen sich nur an die Polizei zu wenden, dann wird ihnen sofort geholfen."

„Vielleicht werden die unglücklichen Mädchen wie Gefangene gehalten," wendete Hilda ein.

„Das ist ja in einem zivilisierten Staat gar nicht möglich," erklärte die Gräfin mit einem überlegenen Lächeln.

Hilda hätte sie eines Besseren belehren können, aber sie schwieg aus Klugheit, und Lady Glendower fuhr fort: „In Rußland ist dergleichen nicht selten. Meine Freundin, die Fürstin Sulkowski, hat mir zwei russische Bücher empfohlen, die ins Französische übersetzt sind. Sie sind betitelt „Die Gruft" und „Die gelbe Karte". In denselben werden die Vorkommnisse in Sibirien geschildert. Natürlich lese ich so unsittliche Bücher nicht."

„Wenn bestehende Verhältnisse in einem Buch wahrheitsgetreu, ohne jede Ohöönität geschildert werden, sollte das unsittlich sein, Frau Gräfin?" fragte Hilda zweifelnd.

„Ganz sicher," behauptete die Gräfin eigensinnig. „Schmutz bleibt Schmutz, selbst wenn er mit sauberen Handschuhen angefaßt wird."

„Frau Gräfin würden jene Unglückliche nicht in Ihrem Haushalt beschäftigen?" fragte Hilda und blickte ihre Prinzipalin voller Spannung an.

„Aber was muten Sie mir zu, Fräulein Waldert!" rief die Gräfin förmlich entsetzt aus. „Dann würde ich mein Haus unter keinen Umständen betreten."

„Auch dann nicht, Frau Gräfin, wenn Sie von der Unschuld des Mädchens vollständig überzeugt wären?" fragte Hilda mit mühsam beherrschter Erregung.

„Auch dann nicht," sagte die junge Witwe fest. „Etwas von dem Schmutz der Umgebung bleibt stets an einem solchen Menschen haften, und ich dulde nur Personen, deren Moral über jeden Zweifel erhaben ist, in meiner Nähe. Wenn jenes Mädchen mich um eine Stellung bitten würde, würde ich ihr Geld geben. Mein Haus halte sie rein."

Hilda seufzte. Sie wußte nun genug. Gegen die Prüderie der Engländerin war sie machtlos, und ihrer Prüderie würde die Gräfin Hilda opfern. Was wußte die verwöhnte Frau, die stets sorgfältig behütet worden war, von den Untiefen, die das Leben barg? Für sie gab es keine Untiefen.

Es war gut, daß die Gräfin nun sehr lebhaft mit der jungen Erzieherin sprach, denn der Herr in der benachbarten Laube erzählte jetzt, daß eine Deutsche, namens Hilda Waldert, gleichfalls aus jenem Hause entflohen war.

Lady Glendower bezahlte nun die Zeche und gab damit das Zeichen zum Aufbruch. Wie gern hätte Hilda an Mathilde einen Gruß, eine Botschaft gesandt, aber sie wagte es nicht. Die Gräfin war heiter und gesprächiger wie sonst. Sie schilderte Glendower-Hall mit leuchtenden Augen. Augenscheinlich freute sie sich darauf, dorthin zurückzukehren, auch mochte ihr die Aussicht recht angenehm sein, für einige Zeit von ihrer Schwägerin befreit zu werden. Sie sagte: „Bis sieben Uhr bleiben Sie bei mir, dann nehmen Sie einen Mietswagen und fahren mit Gerald nach Monrepos. Ich hole meine Cousine in der Equipage vom Bahnhof ab."

„Darf ich mich von Artots verabschieden und ihnen die kleinen Geschenke bringen, die ich für sie gekauft habe? Ich werde auch nicht lange aufhalten, Frau Gräfin. Ich muß ja noch meine Garderobe einpacken."

„Das ist Sache der Jungfer," erklärte die Gräfin. „Fahren Sie nach Monrepos, holen Sie die Geschenke. Der Kutscher soll Sie und Gerald zu Artots fahren. Er soll auf Sie warten, damit Sie nicht den Weg zu Fuß zurückgelegen müssen. Begeben Sie sich dann in Ihr Wohnzimmer, damit Lady Anne Ihnen nicht wieder eine Kränkung zufügt."

Hilda sprach der Dame ihren Dank aus. Die Stunden verflochten sich sehr schnell und angenehm. Lady Glendower zeigte ihr alle Sehenswürdigkeiten und war höchst liebenswürdig. Nach und nach schwand Hildas Furcht vor Entdeckung. In der fröhlichsten Stimmung fuhr sie mit Gerald nach Monrepos. Als der Wagen vor dem Häuschen der Mutter Artot hielt, schaute Gerald zum Fenster hinein. Er stieß einen Jubelruf aus und schlug vor Freude in die Hände, als er sah, daß Löwenherz auf der Lehne eines Stuhles auf dem Kopfe stand.

„Sehen Sie doch den Mann, Fräulein!" rief er entzückt aus. „Sehen Sie doch bloß den Mann. Sowie ich zuhause komme, probiere ich es auch."

„Wir haben ja nur Stühle mit geschweiften Lehnen," wendete Hilda ein. „Du siehst doch, daß Herr Artot auf einer glatten Lehne steht."

Es war ihr im höchsten Grade unangenehm, daß Löwenherz zuhause war.

„In Glendower-Hall haben wir alle Sorten von Stühlen," entgegnete Gerald eifrig. „Dann hat er den Künstler: „Machen Sie noch ein Kunststück. Ja?"

„Ach, der kleine Lord beehrt mich zu einer Gratis-Vorstellung!" rief Löwenherz erfreut aus. „Das ist recht. Begleiten mich die Herrschaften in mein Zimmer. Der Raum, den ich zu meinen Uebungen hergerichtet hatte, wird jetzt leider zu anderen Zwecken benutzt. So haben Sie sich doch erweichen lassen, Fräulein?" setzte er triumphierend hinzu.

„Sie irren sich," entgegnete Hilda ernst. „Unser Besuch gilt Ihren Verwandten, nicht Ihnen. Warten Sie, Kutscher," sagte sie dann freundlich.

„Aber Fräulein, weshalb soll ich die Kunststücke nicht sehen?" fragte der kleine Lord schmollend. „Ich möchte mich doch so schrecklich darüber freuen. Sie sind doch sonst so nett."

„Lady Glendower würde es nicht erlauben," entgegnete die junge Erzieherin. „Nicht wahr, Gerald, du willst mir doch keinen Verdruß machen?"

„Gewiß nicht, Fräulein," versicherte Gerald treuherzig. „Aber Mama braucht ja nichts davon zu erfahren."

„Recht so, Lord Gerald!" rief der Artist lachend aus. „Der Mann muß frei sein."

„Und das Kind muß gehorchen lernen," erklärte Hilda mit (Fortsetzung folgt.)

Nachdruck.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221013-19/fragment/page=0003

Aus aller Welt.

Starker Schneefall.

Gefährdung der Ernte.

Schmalkalden, 14. Oktober. Gestern morgen ist der erste Schnee gefallen. Gleiche Meldungen kommen aus Ruhla, wo durch den Schneefall die Kartoffelernte gefährdet ist. In Brotterode sowie auf dem Inselsberg waren gestern die Fenster gefroren. Die ganze Umgebung des Berges war mit Schnee bedeckt. Hafer und Grummet liegen noch draußen, ebenso die Kartoffeln.

Eine Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt. Bei Przemysl wurde von Unbekannten eine Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt. Die Gleise sind auf einer langen Strecke demoliert. Dank der Geistesgegenwart des Lokomotivführers ist der Schnellzug mit geringen Beschädigungen davongekommen.

Truppen-Meuterei in Rußland. Aus Moskau wird gemeldet: Die Truppen des Generals Dietrich meuterten zum Teil. Die Kosaken haben sich mit dem Bauerntum vereinigt.

Entfettungskur.

In der bürgerlichen Presse liest man das Inserat:

Eine Entfettungskur

sollten alle Korpulenten vornehmen. Wir raten Ihnen, 80 Gramm echte Koluba-Kerne zu kaufen, die wirksame, völlig unschädliche, fettzehrende Stoffe enthalten, davon nehmen sie dreimal täglich 1 bis 2 Stück. Versand Pharmazeut. Kontor Wolf, Hannover. Sicher erhältlich: usw.

Wir wissen ein sicheres Mittel: Die Fetten sollten einmal mit den Mageren tauschen. Vier Wochen nur brauchen die fettgemästeten Kommerzienräte und sonstigen Schmerbäuche mit der Arbeitslosenunterstützung zu leben, wenn sie daneben noch das Wort „Nur die Arbeit kann uns retten!" kräftig beherzigen — wir wetten, sie werden ihre Fettpolster bald los. Vor Hunger knicken die einen fast in die Knie, während die anderen Pillen gegen die Fettsucht schlucken — o du schöne, du göttliche Weltordnung!

Aus der Jugendbewegung.

* **Arbeiterjugend.** Morgen abend ½6 Uhr Treffen auf dem Hauptbahnhof zur Fahrt nach Sangerhausen. Das Fahrgeld (30 Mk.) ist heute auf dem Jugendsekretariat einzuzahlen oder morgen auf dem Bahnhof in der Zeit von 5 bis ½6 Uhr bei dem Genossen Kohlemann abzuliefern. Die Zeiten müssen unbedingt eingehalten werden. Die gesamte Arbeiterjugend beteiligt sich restlos an der Fahrt.

* **Jungsozialisten.** Die Jungsozialisten schließen sich morgen der Arbeiterjugend an. Für Treffpunkt und Fahrgeld gilt dasselbe wie oben.

Das Wetter am Sonntag.

Wir sind im Oktober, der auch zu einem Drittel schon vorüber ist. Was kann man da noch für besonders schönes Wetter verlangen!? Der Altweibersommer bleibt in diesem Jahre gerade so aus, wie die Sommerhitze. Das Beste vom Oktober ist die wunderbare Laubfärbung, die sich jeder bei einigermaßen guter Witterung am nächsten Sontag einmal ansehen sollte. Es war in der letzten Zeit recht kühl in Deutschland, noch ein geringes Sinken der Temperatur und — es könnte Schnee fallen. Wir bleiben vorläufig wohl noch davon verschont, obwohl am Freitag in Hildesheim ein Grad Kälte abgelesen wurde. Der Brocken meldet sogar vier Grad Frost. — Sonst war es überwiegend noch ziemlich milde über Europa, besonders ist in Italien der Winter wieder verjagt. Das Hochdruckgebiet entfernt sich jetzt nach dem östlichen bis südöstlichen Europa, sein Einfluß der ohnehin nicht sehr groß war, schwindet. Vom Süden zieht langsam ein „Tief" heran, das sich mit dem bei Island befindlichen vereinigen wird. Wenn diese auch bis Sonnabend ihre Herrschaft meist eingebüßt haben werden, so wird doch ein nachfolgendes neues auch am Sonntag noch etwas Regen bei ziemlich milder Temperatur veranlassen, die Bewölkung wird wechseln, Sonnenschein daher auch nicht fehlen. Zur Wanderung sollte Leserin und Leser sich also entschließen selbst auf die Gefahr hin, zeitweise etwas Regen zu haben.

Raucht Zetko Gold
in Qualität unerreichbar! 103

Versammlungsanzeiger

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg
Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44 Zimmer 28 Fernruf 1029

Braunsdorf-Bedra. Die für Freitag den 13. Oktober, einberufene Mitgliederversammlung findet umständehalber erst am Sonnabend, dem 14. Oktober abends 7 Uhr, bei Dörge in Bedra statt.

Delitzsch. Montag, den 16. Oktob., abds. 8 Uhr, im „Lindenhof": Gemeinsame Mitgliederversammlung beider Parteien. Tagesordnung: Die Verschmelzung der Ortsvereine Funktionäre pünktlich ½8 Uhr im Versammlungslokal. Die Genossen der SPD werden gebeten, ihre der Ortsvereinsbücherei entliehenen Bücher am Freitag abzugeben.

Heringen. Sonntag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr: Oeffentliche Volksversammlung. Genosse Kasparek spricht über die bevorstehende Kreistagswahl.

Holzweißig. Heute, Freitag 8 Uhr, bei Häter; Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung Verschmelzung Vorstands-Neuwahl Gemeinderatsbericht. Erscheinen der Mitglieder Pflicht. Gäste willkommen.

Sangerhausen. Montag, den 16. Okt. abends 8 Uhr, in der „Georgienbrauerei": Gemeinsame Mitgliederversammlung der USP. und SPD. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Wildgrube. Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 4 Uhr: Versammlung. Genosse Dietrich Falkenberg spricht über Augsburg und Nürnberg. Es ist Pflicht aller Sozialisten, diese Versammlung zu besuchen.

Windehausen. Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 Uhr: Oeffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Die bevorstehende Kreistagswahl. Redner: Genosse Kasparek Halle.

Vereinsanzeiger

„Die Naturfreunde". Heute, Freitag, im Heim. Weidenplan 20: Zahlabend. — Im Heim Laurentiusstr Vortrag: Die sexuelle Frage. Nur für männliche Mitglieder. — Sonntag: Tagesfahrt in den Südharz. Anmelden und Näheres im Stadtheim. — Jugendgruppe. Sonntag: Tagesfahrt nach dem Petersberg. Abmarsch 8 Uhr früh vom Wasserturm (Roßplatz). Donnerstag: Monatsversammlung im Zeichensaal (Klosterstraße).

Freier Sängerchor. Freitag abend pünktlich 8 Uhr: Singestunde in „Stadt Dresden". Der Vorstand.

ZOO 332
Heute Tanzabend!

Heute, Freitag, den 13. Oktober 1922, abends 7 Uhr, im herrlichen Saal des
Zoologischen Garten:
Grosser **Extra-Ball**
Musik wird ausgeführt vom gesamten Seifert-Orchester unter persönlicher Leitung des hier sehr beliebten Kapellmeisters R. Seifert dem Bayern.
Süddeutsche Gemütlichkeit.
Tanzfolge: Strauß, Fetras, Linke und die neuesten Kompositionen! 345

Alle Sorten Felle
296 kaufen zu höchsten Preisen
Bargenda & Neubert, Mühlgasse 3.

Wintergarten.
Sonnabend, den 14. Oktober, 8.30 Uhr:
Endgültiger Entscheidungskampf!
v. d. Heyd gegen **Albert Hein.**
Falls der Kampf bis ½11 Uhr durch Niederlage nicht entschieden ist, so tritt die Punktwertung ein und wird derjenige als Sieger erklärt, welcher die meisten Punkte erzielt hat.
Vorverkauf von numerierten Plätzen im Wintergarten-Café. 346

Stadttheater.
Sonnabend, den 14. Okt., Anfang 7. Ende 12 Uhr:
Peer Gynt.
Dramatisches Gedicht von Henrik Ibsen.
Sonntag vorm.: **Gerhart-Hauptmann-Morgenfeier.**
Sonntag nachm.: **Der Waffenschmied.**
Sonntag abend: **Polenblut.** 337

Farb. Oberhemden in großer Auswahl
Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2.

Achtung! Kaufe alte u. neue Damen-Garderobe, Wäsche, Leihhausscheine usw. 317 zu hohen Preisen
Frau Hirsch, Brüderstr. 3 Eingang Hausflur rechts.

Deutscher Bauarbeiterverband
Bezirksverein Merseburg.
Montag, den 16. Oktober, abends 6 Uhr, in der „Funkenburg":
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
Bericht von den Lohnverhandlungen.
Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Vereinsleitung.
NB.: Nachmittags 4 Uhr Sitzung der Baudelegierten des Leunawerkes im „Heiteren Blick".

Wir zahlen
für: 841

Lumpen	kg	18–
Altpapier	„	22–
Bücher u. Zeitungen	„	36–
Woll. Strumpfabfälle	„	100–
Schafwolle	„	200–

Metalle ständig zu Börsenpreisen
Ferner alle Sorten **Felle** zu Tagespreisen
Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellsch. m. b. H.
Nur Triftstraße 24 :: Gr. Brunnenstraße 61
Augustastraße 17 (Hof) :: Breite Straße 84
Liebenauer Straße 166 (Ecke Wolfstraße)
Tel. 5659. Tel. 4263.
Bei Verkauf von Metallen ist ein Personenausweis mitzubringen.
Händler u. Industrie erhalten Vorzugspreise.
Jeder Verkäufer verlange Ausweis, da unser Name vielfach mißbraucht worden ist und dadurch eine Schädigung des Publikums stattgefunden hat.

Spül-Apparate:
Clysos, Duschen, Frauenheil, Lady's Friend, Lady's Doktor.
Spritzen und Spülmittel.
Irrigatoren (Spülkannen). 331
Schläuche für alle Zwecke.
Dam.-Binden u. Gürtel
C. Klappenbach, Halle (Saale), Gr. Ulrichstr. 41

Ata bestes Putz- u. Scheuermittel
Unentbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik.
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Konsum- und Spargenossenschaft für Merseburg und Umgegend.
e. G. m. b. H.
Für unsere in Vesta, Kreis Dürrenberg, gelegene Warenabgabestelle suchen wir zum sofortigen Antritt einen tüchtigen
Lagerhalter.
Meldungen sind mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Zeugnisabschriften bis 17. Oktober an den Vorstand einzureichen.
388 **Der Vorstand.**

Kleine Anzeigen
finden weiteste Verbreitung
im Volksblatt

Möbel steigen riesig!
Verkaufe noch billig: Schlafzimmer, Küchen, Kleiderschränke, Bert., Tische, Stühle, engl. Bettst. mit Drell-Matr., Einzelmöbel, alles in gr. Auswahl
Otto Thormann, Brüderstr. 41.

Pa. dicke Winterjoppen von Mk. 1175 bis 3500.
Monteur-Anzüge beste Qualität, Mk. 2500.
Arbeiterhemden beste Ware, von Mk. 1160 bis 1275.
Frauen-Unterröcke Leinen, dunkle Farben, Mk 400.
Herren-Unterhosen schwere Qual., Mk. 1400.
Textil-Handelsgesellschaft m. b. H. 384
vorm. Reinke, Leipziger Straße 55, I (am Riebeckplatz).

Mus-Töpfe in allen Größen, sowie braunes
Töpfergeschirr billigst bei 342
P. Lange, Merseburger Straße 108 neben CT-Lichtspiele

Gold-, Platin-, Silber-Bruch
Ankauf v. Uhren, Ketten, Ring., Zahngebiss., Holzbrennstiften, Bestecks u. sämtl. Schmucksach. (Ausw. erbet.) v. Heeringen, Martinstraße 11, gegenüber Piano-Ritter, Leipziger Str. 73
Zahle den allerhöchsten Kurs und überbiete jeden inserierten Preis! 343

Schnürsenkel Schuhkreme Gummi-Absätze 328
kaufen Sie preiswert bei
Rob. Schmeißer Gr. Märkerstr. 5.

3 teilige Auflege-Matratzen in verschied. Preislagen, Sofas, Chaiselongue, Küchen, Einrichtungen.
Möbelhaus Kurt Hoffmann, Ludwig-Wucherer-Str. 37.

Kaufe
Lumpen, Alteisen, Bücher, Zeitung. Papierabfälle zu Tagespreisen!
Adolf Beer
Kutschgasse 2. Fernruf 2726.

W. Bettst. m. Pat.-Aufl.-Matr. 7500 Mk. Chaisel. b. z. v. Mittelstrasse 5a

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren

Druckaufträge jeder Art übernimmt die Genossenschaftsdruckerei

Weißwein- u. alle and. Wein-, Sekt- und Sahneflaschen
kauft zu hohen Preisen und holt ab 283
Holland, Zapfenstr. 18, Tel. 4284.

Damen- Herren- Hüte in größter Auswahl zu mäßigen Preisen **Herold & Schröder** Gr. Steinstraße 33, Gr. Ulrichstraße 10. 348

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221013-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. Oktober 1922.

An die Leserinnen der „Gleichheit“.

Die fortschreitende Geldentwertung zwingt die Partei auch jetzt wieder, eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge vorzunehmen. Obwohl schon der Beitrag für männliche Mitglieder in keiner Weise den Preissteigerungen auf allen Gebieten angepaßt wurde, ist der Beitrag für Frauen noch viel niedriger gehalten worden, und zwar — mit 2 Mk. in der Woche! — so niedrig, daß ihnen die „Gleichheit“, deren Herstellungs- und Bezugskosten ungeheuer gestiegen sind, nicht mehr unentgeltlich geliefert werden kann.

Wir werden versuchen, den Genossinnen durch die Ausgestaltung der Frauenbeilage einen Ersatz für das Ausbleiben der „Gleichheit“ zu schaffen. Die Genossinnen, die dennoch die „Gleichheit“ auch künftig zu lesen wünschen, bitten wir, ihre Bestellungen beim Verlag des „Volksblattes“, Harz 42/44, oder den Austrägerinnen aufzugeben.

*

Verschmelzung der „Kämpferin“ mit der „Gleichheit“.

Die „Kämpferin“, die Zeitschrift für die Frauen der früheren USPD., ist mit der „Gleichheit“ zusammengelegt worden. Die Genossin Wurm ist in die Redaktion der „Gleichheit“ eingetreten. Wir zweifeln nicht, daß die Leserinnen der „Kämpferin“ nicht nur Bezieher der „Gleichheit“, sondern auch eifrige Werberinnen für das gemeinsame Blatt aller Sozialistinnen werden.

Gemeinsame Sitzung der Preßkommissionen.

Am Sonnabend, dem 14. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, findet im Parteibureau der VSPD., Gewerkschaftshaus, Zimmer 23, eine gemeinsame Sitzung der Preßkommissionen der beiden Parteizeitungen statt. Pünktliches Erscheinen dringend erwünscht.

* **Gemeinsame Bezirksvorstandssitzung am Freitag, dem 13. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Zimmer 23. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.**

Der Bezirksvorstand.
J. A.: R. Drescher.

Die Rente der Kriegsblinden.

Der Bund erblindeter Krieger schreibt uns:

Wenn wir heute über dieses Thema schreiben, so geschieht dies, um der durch die vielfachen, völlig irreführenden Auslassungen in der Presse hervorgerufenen Auffassung, als ob wir Schwerkriegsbeschädigten geradezu glänzend versorgt würden, entgegenzutreten. Die Rentenbezüge, die wir Kriegsblinde heute erhalten, richten sich ebenso nach den Bestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 wie diejenigen der übrigen Kriegsopfer. Danach beträgt die Grundrente eines 100 Prozent Erwerbsbeschränkten — und hierzu gehören wir Kriegsblinde — jährlich 2400 Mk., hinzu kommt die Schwerkriegsbeschädigtenzulage mit 900 Mk., zusammen, sage und schreibe 3300 Mk. Fällt der Kriegsbeschädigte dabei unter die Gruppe der hochqualifizierten Arbeiter, so hat er Anspruch auf die erhöhte Ausgleichszulage, die die Hälfte der obengenannten Summe beträgt. Fällt er unter die Gruppe der gelernten Arbeiter, so beträgt die Ausgleichszulage ¼ dieser Summe. Als ungelernter Arbeiter (darunter fallen hauptsächlich die auf dem Lande wohnenden Kleinbauern, das landwirtschaftliche Dienstpersonal und die Tagelöhner) steht ihm überhaupt keine Ausgleichszulage zu. Nach der so erhaltenen Summe wird dann die Ortszulage berechnet. Diese beträgt in Ortsklasse A 35 Prozent, in Ortsklasse B 30 Prozent, in Ortsklasse C 20 Prozent, in D 10 Prozent, während die Ortsklasse E, also wiederum das flache Land, ohne Ortszulage ausgeht.

Als Blinde erhalten wir dazu noch die Pflegezulage, die in der Regel 600 Mk. pro Jahr beträgt. Für den dem Kriegsblinden zustehenden Führhund werden ihm in Ortsklasse A jährlich 300 Mark, in Ortsklasse B und C 240 Mk., in Ortsklasse D und E 180 Mk. als Unterhaltskosten vergütet. Sind unterhaltspflichtige Kinder vorhanden, so bezieht der Kriegsbeschädigte für jedes Kind 10 Prozent der Vollrente eines Beschädigten, jedoch ausgenommen die Pflegezulage.

Die Rente eines Kriegsblinden mit zwei Kindern in Ortsklasse E, der unter die Gruppe der ungelernten Arbeiter fällt, beträgt danach nach den heute geltenden Bestimmungen jährlich: Grundrente 2400 Mk., Schwerkriegsbeschädigtenzulage 900 Mk., zusammen 3300 Mk., Teurungszulage 35 Prozent 1155 Mk., zusammen 4455 Mk., dazu Pflegezulage 600 Mk., Unterhaltskosten für den Führhund 180 Mk., zusammen 780 Mk., Teurungszulage 235 Prozent 1833 Mk., zusammen 2613 Mk., in Summa 7068 Mk., dazu Kinderzulage für 2 Kinder gleich 20 Prozent aus rund 4455 Mark 890 Mk., zusammen 7958 Mk. jährlich oder 663,20 Mk. monatlich. Im Falle völliger Erwerbslosigkeit stehen demselben Kriegsblinden auf Grund des Gesetzes über Teurungsmaßnahmen für Militärrentner vom 21. Juli 1922 ein Teurungszuschuß von 2400 Mark für sich und 1050 Mk. für seine beiden Kinder zu, so daß ihm dadurch ein Gesamtmonatseinkommen von 4113,20 Mk. zur Verfügung steht. Hat er einen Nebenverdienst, der innerhalb eines Monats den Betrag von 2660 Mk. nicht übersteigt, so beträgt der ihm zustehende Teurungszuschuß 2850 Mk. Hierbei muß auf ein Kuriosum hingewiesen werden, das darin besteht, daß ihm im Falle der Erzielung eines Monatseinkommens von 2660 Mk. auf der einen Seite durch die Wirkung des § 63 und der dazu im Mai d. J. erlassenen Ergänzungsverordnung mehrere Zehntel seiner gesetzlichen Rentenbezüge ruhen, während er auf der anderen Seite wieder als Teurungszuschußempfänger in Betracht kommt, woraus sich die Unhaltbarkeit der Vorschriften des § 63 in bezug auf die Schwerstbeschädigten ohne weiteres ergibt. Beträgt sein Monatsarbeitseinkommen mehr als 3420 Mk., so steht ihm ein Teurungszuschuß überhaupt nicht mehr zu.

Uebel ist die Lage eines Kriegsblinden auf dem Lande, denn er muß dem Landwirt die hauptsächlichsten Gebrauchsartikel ebenso teuer bezahlen wie in der Stadt, ja er kann sich noch glücklich schätzen, wenn man ihn nicht wieder leer von der Tür weist. Ist es doch keine Seltenheit, daß die Landwirte ihren ortsansässigen Schwerkriegsbeschädigten und anderen Ortsarmen nicht einmal gegen Bezahlung etwas verabfolgen, da man Wucherpreise von diesen nicht verlangen will und deshalb kurzerhand „nichts zu verkaufen“ hat. Nicht selten klagen unsere Kameraden noch darüber, daß sie daneben noch als Dank des Vaterlandes von den Ortsbewohnern um ihre „hohe Rente“, die sie für ihr Nichtstun erhalten, beneidet werden und daß auch die Kriegsbeschädigtenfürsorge unter Zugrundelegung dieses Gesichtspunktes vielfach das notwendige Verständnis für das von den Kriegsopfern im Interesse der Allgemeinheit gebrachte große Opfer vermissen lassen. Pflicht eines jeden Deutschen, und dazu rechnen wir auch die ländliche Bevölkerung, muß es aber sein, das uns so oft zugerufene Wort vom Dank des Vaterlandes endlich zu erfüllen, anstatt unter den Kriegsopfern durch ein unangebrachtes, verletzendes Verhalten das gegenteilige Gefühl aufkommen zu lassen.

Der Kultursturz der Gemeinden.

Die Folgen der fortschreitenden Geldentwertung wälzen sich zu Lawinen und stürzen in entsetzendem Tempo den Gemeinden aufs Dach. Schwächere Gemeinwesen brechen zusammen. „Wir sind ganz dicht an der Grenze des Versagens. Wir müssen die letzten Kräfte anstrengen, um die Maschine im Gange zu halten, so gut es geht.“ So Magdeburgs Oberbürgermeister, Genosse Beims, in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen. Als Vorsitzender des Städtetags für die Provinz Sachsen auf der Magdeburger Tagung (September) berichtete er, viele Gemeinden wüßten nicht, ob sie am 1. Oktober noch Gehalt im voraus zahlen könnten. Die ungeheure Steigerung der Lebensmittel erbittere die Lohnempfänger furchtbar, und die ersten Stöße der verzweifelnden Bevölkerung werden die Gemeinden auszuhalten haben. Immer eindringlicher wiederholen sich die Not- und Hilferufe der Gemeinden und ihrer Interessenverbände. Der Zusammenbruch der Gemeinden sei unausbleiblich, wenn das Reich nicht helfe.

Auf der Hallischen Tagung des Ernährungsausschusses vom Deutschen Städtetage (September) wurde einmütig erklärt, neue Verpflichtungen könnten die Städte nur übernehmen, wenn Reich und Länder die gesamten, zu deren Erfüllung notwendigen Geldmittel zuschössen. Die Städte seien völlig am Ende ihrer Kraft. Verschiedene der an der Berliner Besprechung der Finanzlage mit der Reichsregierung beteiligten Vertreter von Stadt- und Landgemeinden (September) stellten **die Zahlungsunfähigkeit ihrer Verwaltungen für die allernächste Zeit in Aussicht.** Köln schließt seinen letztjährigen Haushaltsplan mit einem Defizit von einer halben Milliarde. Deckung ist nicht vorhanden. Die Stadt will einige ihrer Stadtväter nach Wien entsenden, um **zu erkunden, wie eine Stadt sich am besten auf österreichische Verhältnisse vorbereite.** Wiesbaden mußte (September) die Etatssumme für das letzte halbe Jahr verdreifachen und kam damit auf rund dreiviertel Milliarden Mark. Unabwendbar wurde diese Erhöhung infolge Steigerung der Kohlenpreise, Gehälter und Löhne auf das Vierfache der bisherigen Sätze. Karlsruhe krankt bereits nach dem Stande vom Mai d. J. an einem Defizit von annähernd 84 Millionen Mark im Voranschlag für 1922. Der gesamte Jahresaufwand an Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen, ausschließlich der Lehrer und Polizeibeamten, wurde Anfang 1922 noch mit 101 790 000 Mk. angesetzt, war am 1. Mai auf 201 999 000 Mk. und Anfang August auf mindestens 450 Millionen gestiegen. Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung hat kürzlich (September) 576 207 000 Mk. für Lohn- und Gehaltszulagen bewilligt. Selbst wenn das Reich 80 Prozent hiervon übernähme, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“, hätte Leipzig noch 77 555 200 Mk. aufzubringen, und „kein Mensch vermag zu sagen, wo die Stadt die Summe hernehmen solle; denn es sind alle zur Verfügung stehenden Steuerquellen erschöpft und die ergiebigen und direkten Vermögenssteuern hat das Reich für sich in Anspruch genommen“.

Es sind aber nicht nur die Forderungen der Arbeitnehmer — die sich bekanntlich längst nicht im Tempo der Lebensverteurung bewegen —, sondern auch die Aufwendungen für die öffentliche Fürsorge, die die finanziellen Lasten der Gemeinden immer höher türmen. Berlin bewilligte erst kürzlich wieder 208 Millionen, Hamburg mehr als 370 Millionen Mark für Notstandsaktionen. Das bekannte Enthaltsamkeitsprogramm des Berliner Magistrats, das auch die Einstellung noch im Entstehen begriffener städtischer Hoch- und Tiefbauten ausführt, hat die Oeffentlichkeit erschreckt wie ein memento mori. Berlin macht damit Schule: Auch Altona hat die Stillegung solcher Bauten in Erwägung gezogen. Die städtischen Kollegien haben — „da in der gegenwärtigen Zeit schnelle Entschlüsse für geboten erscheinen könnten“ — dem Magistrat in der Frage freie Hand gelassen.

Mit am schwersten leidet das öffentliche Verkehrswesen der Gemeinden unter der Finanzkalamität. Auf einer kürzlich in Hannover abgehaltenen Konferenz der Vertreter größerer Straßenbahnen Deutschlands wurde festgestellt, daß die Betriebskosten der Straßenbahnen schon bis Anfang Juli 1922 auf das 71- bis 75fache der Sätze von 1914 gestiegen waren. Die Konferenzteilnehmer waren sich darin einig, daß die Preise der für die Bahnen wichtigsten Materialien vielfach über das durch die Geldentwertung gerechtfertigte Maß hinaus gestiegen sind. Eine linksrheinische Straßenbahnverwaltung berichtete, daß der Preis für Rillenschienen für das erste Septemberdrittel das mehr als 400fache gegenüber 1914 beträgt. Berlin plant die Erhöhung des Fahrpreises für eine Straßenbahnfahrt auf 15 Mk. Die Westfälische Straßenbahn, Gerthe, hat ihren Tarif auf 15 Mk. für eine, 19 Mk. für zwei und 22 Mk. für drei Teilstrecken erhöht. Kottbus denkt wie andere Städte an **völlige Einstellung des Straßenbahnverkehrs.** Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen sehen sich zur Stillegung großer Teilstrecken genötigt. Auch Halle führt umfangreiche Betriebseinschränkungen durch und droht mit Betriebseinstellung.

Das schwindende Vertrauen zur Mark veranlaßt einen erschreckenden Rückgang des Sparwesens. Auch die „kleinen Leute“ bemühen sich, ihr Geld in Sachwerten anzulegen, um Verlusten durch die weitere Geldentwertung zu entgehen. Die Spargutbaben bei öffentlichen Sparkassen betrugen in Deutschland vor dem Kriege beinahe 20 Milliarden Goldmark und werden für August 1922 nur noch auf annähernd 141 Millionen Goldmark geschätzt. Was das für die Gemeinden bedeutet, zeigt am besten der kürzlich bekanntgewordene Beschluß der Girozentralen auf dem Allgemeinen Deutschen Sparkassentag in Goslar, den Gemeinden den Kredit zu sperren.

Die den Gemeinden nach der großen Reichsfinanzreform verbliebenen Steuerquellen fließen zu spärlich, um den gewaltig gestiegenen Anforderungen der Gemeindewirtschaft zu genügen. Auch der Anleihemarkt ist ihnen so gut wie verschlossen. Mit den Ratschlägen der Girozentrale: Vermeidung aller ungedeckten Ausgaben, Verstärkung der Betriebsmittel für die kommunalen Werke, Einstellung der Zahlung von Teurungszulagen — werden die Gemeinden wenig anfangen können. Reich und Länder zeigen wohl Einsicht und guten Willen zu helfen, sind aber behindert durch die eigene Notlage. Inzwischen schränken sich die Gemeinden ein, verzichten auf Verkehrsbequemlichkeiten, auf Ausführung ihrer Bauprogramme, beschränken den Schulbetrieb, lassen ihre Bibliotheken veröden, ihr Stadttheater und -orchester darben; ja neuerdings kommt aus Löbejün die Nachricht, daß die Straßenbeleuchtung eingestellt worden ist, weil die Stadt mit Zahlungen beim Kraftwerk im Rückstande bleibt. Der Haushaltsplan ist in der letzten Stadtverordnetensitzung erneut abgelehnt worden. Das alles sind Folgen der Reparationslasten. Erst dann werden auch den Gemeinden andere Zeiten blühen, wenn man im Ausland einsieht, daß die Reparationsfrage in ökonomischem Sinne gelöst werden muß.

B. Noack.

*

Kreditgewährung nur gegen Verpfändung.

Wie weit die Finanznot der Städte gediehen ist, zeigt der Fall der Stadt Suhl (Thür.), die zur Beschaffung von Brennholz für die arme Bevölkerung eine Anleihe von mehreren Millionen Mark aufnehmen muß. Nachdem sie von verschiedenen Banken abgewiesen worden war, erklärte sich eine Bank zur Gewährung des Darlehens bereit unter der Bedingung, daß die Stadt ihr einen **Teil des städtischen Waldes als Pfandobjekt** überlasse.

Der Zopf, der Zopf!

In diesen Tagen sind die Personalbogen zwecks Veranlagung zur Einkommensteuer für 1922 ausgetragen worden. Auf den Bogen findet sich immer wieder die müßige Frage nach der Religion. Sie ist sogar noch gründlicher gestellt, als es sonst üblich war, denn sie lautet: Religion (ev., ref., kath., mos., usw. oder Dissident). Welcher Kirchengemeinde gehören Sie an?

Was, zum Kuckuck, hat sich das Finanzamt um solche rein persönliche Angelegenheiten zu kümmern? Was hat die Stellung zur Religion und die Zugehörigkeit zu einer Kirchengemeinde mit dem Einkommen zu tun? Berechtigter wären die Fragen gewesen, ob der Befragte bereits die Winterkohle beschaffen konnte, ob er warme Unter- und Ueberkleider besitzt, ob er noch gesundes Schuhwerk zu eigen hat, oder wie häufig Fleisch auf seinen Tisch kommt. Diese Auskünfte dienten ungleich auch besser zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage als die Frage, ob sich jemand von einem Gescheitelten, einem Geschorenen, einem Rabbiner oder einem Derwisch beseelsorgern läßt. Das ist ja doch alles derselbe Käse, nur in verschiedener Packung.

Wie die gedruckte Jahreszahl 1922 beweist, handelt es sich nicht um alte Formulare, sondern um neuhergestellte Fragebogen. Es wäre von Interesse zu erfahren, welcher Beamte des Finanzamtes noch so tief in den Geist der vergangenen Zeit verstrickt ist, daß er solche sinnlose Fragen erneuert. Will der Staat zu statistischen Zwecken Ermittlungen über Konfessions- und Religionsverhältnisse anstellen, so mag er das bei Volkszählungen tun. Mit der Veranlagung zur Einkommensteuer stehen die Fragen in keinerlei Verbindung, und es kann nur empfohlen werden, daß grundsätzlich ihre Beantwortung verweigert wird.

Die Rettung der alten Leute.

Gestern nachmittag haben die Haussammlungen in Halle begonnen. Einige hundert junge Mädchen sprechen bei sämtlichen Familien in Halle vor, um im Auftrage der Hallischen „Altershilfe“ zur Linderung der Not der ortsansässigen alten Hallenser Gelder zu sammeln. Es gilt, 6000 bis 8000 nicht mehr arbeitsfähige Menschen über den Winter hinwegzuhelfen. Es handelt sich um Leute, die nicht mehr imstande sind, sich Kartoffeln und Brot und Heizmittel, geschweige denn Fett zu beschaffen.

Die Sammlungen lassen sich bis jetzt gut an. Es kommt kaum vor, daß die jungen Mädchen eine Abweisung erfahren. Erfreulicherweise werden Spenden gegeben, die in die Tausende gehen. Auch kleine Beträge, 20 Mk., 30 Mk., sind willkommen. Die „Altershilfe“ bittet nochmals alle, daran zu denken, daß es bei den heutigen Preisen einer gewaltigen Summe bedarf, um die Tausende von Hilfsbedürftigen auch nur für einen Tag zu ernähren.

* **5000-Mark-Scheine.** In der nächsten Zeit kommen Reichsbanknoten zu 5000 Mk. in den Verkehr. Sie sind 130:90 Millimeter groß. Das Papier, auf welchem sie gedruckt sind, ist gelblich und in hellem Wasserzeichen. Dieses wird aus sphärischen Dreiecken gebildet, welche die ganze Note in regelmäßiger Anordnung durchziehen und dadurch gekennzeichnet sind, daß, senkrecht zum kürzesten Schenkel, jedes Dreieck eine kurze Linie in die Fläche des Dreiecks hineinragt.

* **Notgeld und Post.** Der Reichspostminister hat die Reichspostkassen angewiesen, das im Umlauf befindliche Notgeld auch über den 14. November hinaus, an welchem Tage das Notgeld aufhören sollte, öffentliches Zahlungsmittel zu sein, als solches anzuerkennen.

* **Die Bergung von Wasserleichen.** Um die Mitwirkung der Bevölkerung an der Bergung im Wasser treibender Leichen anzuregen, setzt der Minister des Innern eine Landungsgebühr fest, die für jeden einzelnen Fall 100 Mk. betragen und an denjenigen gezahlt werden soll, der eine im Wasser treibende menschliche Leiche an Land bringt. Die Kosten sind durch die Ortspolizeibehörden vorschußweise zu zahlen und bei dem zuständigen Regierungspräsidenten anzufordern.

Versammlungen und Veranstaltungen.

* **Die Beamtenhochschulkurse** beginnen ihre Vorlesungen wieder am Freitag, dem 20. Oktober. Hörerkarten sind am 16., 17. und 18. Oktober, in der Zeit von 6 bis 7 Uhr abends im Ev. Vereinshaus, Mittelstraße, zu haben. Vorlesungsverzeichnisse durch die Vertrauensmänner.

Gemeindepolitik.

Kommunalpolitische Tagungen.

Ein Ueberblick über die kommunalpolitischen Tagungen in der letzten Zeit zeigt, wie stark allerorts die Gemeindevertreter und sonstigen Kommunalpraktiker sich zentral zu organisieren wünschen, um durch den Austausch von Erfahrungen und Wissen sowie durch gemeinsame Beratungen zu einer nach großen Gesichtspunkten einheitlich orientierten Kommunalpolitik zu gelangen. Der neueste Erfolg auf diesem Gebiete ist die von unseren Dortmunder Genossen angeregte Gründung der „Interfraktionellen Stadtverordneten-Vereinigung der Provinzen Rheinland und Westfalen“, die der Verständigung über Fragen des kommunalen Verfassungs- und Verwaltungslebens außerhalb der parteipolitischen Grenzen dienen will. Als ein weiteres Mittel der gegenseitigen Verständigung und Belehrung hat die sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz des 5. Unterbezirks in Schleswig-Holstein vom Parteivorstand die Einrichtung eines Sekretariats für Kommunalpolitik und die Herausgabe eines Nachrichtenblattes für Stadtverordnete und Gemeindevertreter gefordert. Die wirtschaftliche und auch die Basis für die praktische Arbeit eines solchen Sekretariats und für die Herausgabe eines Nachrichtenblattes durch dasselbe wäre die Reichsgemeindevertreterkonferenz. Gemeindevertreterkonferenzen unserer Partei haben in den letzten Wochen besonders in Sachsen eifrig getagt und sich außer mit dem Reichsmietengesetz auch mit den Finanz- und Steuerfragen beschäftigt. Die Finanzsorgen der Gemeinden lasten wie graue Wolken verfinsternd auf dem Horizont unserer Kommunalpolitik. Wo immer auch Kommunalpolitiker in diesen Tagen zusammentreten, richten sich ihre Blicke besorgt, der Katastrophe gewärtig, auf diese Wetterwand. Der „Deutsche Landgemeindetag“ forderte auf seiner letzten Tagung in München Erhöhung des Anteils der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer von ⅔ auf ¾, Wiedergewährung des Zuschlagsrechts, Erhöhung der Mindestgarantie und des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer, Beteiligung der Gemeinde an der Grunderwerbssteuer mit mindestens der Hälfte. Die Landgemeinden verlangen auch, daß ihre Vertreter stärker zur Arbeit in den Regierungsinstanzen herangezogen werden. Der „Verband westfälischer Landgemeinden“ erstrebt die zentrale Zusammenfassung der Gemeindevertreter, indem er vorschlägt, die einzelnen Landgemeinden in Kreisabteilungen zu einem Provinzialverband Westfalen zusammenzuschließen.

Die Bestrebungen bei Organisationen, die heute noch nicht als Bahnbrecher oder auch nur Träger des Gemeindesozialismus in Betracht kommen, müssen uns Sozialdemokraten anspornen, schleunigst eine Organisation zu schaffen, die das stark pulsierende kommunalpolitische Leben in unseren Reihen klärt, es konzentriert und ihm damit mächtigere Stoßkraft gibt. **Anfangs 1923 bekommen wir kommunale Neuwahlen. Rüsten wir!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221013-19/fragment/page=0005
DFG

Aus der Provinz.

Rentenerhöhung für Kriegsopfer.

Verdopplung der Gesamtbezüge.

In unserer Nummer vom Freitag, dem 6. Oktober, kündigten wir bereits eine allgemeine Rentenerhöhung für die Kriegsopfer an. Wie uns die Gauleitung Magdeburg des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten jetzt mitteilt, wird die Teurungszulage nach § 87 des Reichsversorgungsgesetzes vom 1. Oktober an von 25 auf 170 Prozent erhöht. Das entspricht einer Verdopplung der Gesamtbezüge. Da diese Erhöhung mit Wirkung vom 1. Oktober eintritt, gelangt am 1. November der dreifache Rentenbetrag zur Auszahlung. Die Pflegezulage soll eine weitere Erhöhung erfahren. Eine weitere allgemeine Erhöhung über den 1. November hinaus ist nicht direkt abgelehnt worden. Die Verhandlungen hierüber schweben noch.

Die Teurungszuschüsse, die bisher schon einem Bruchteil der Kriegsopfer gewährt wurden, erhöhen sich rückwirkend vom 1. Oktober 1922 wie folgt:

Kriegsbeschädigte von 50 bis 80 Prozent	2000 Mk.
Kriegsbeschädigte mit mehr als 80 Prozent	3000 „
Kriegsbeschädigte, die nur auf die Rente angewiesen sind	4000 „
Witwen, die nur auf die Rente angewiesen sind	3000 „
Witwen	2000 „
Halbwaisen	1000 „
Vollwaisen	1250 „
Ein Elternteil	1500 „
Beide Elternteile	2500 „
Empfänger eines Uebergangsgeldes, Hausgeldes, einer Witwenbeihilfe	2000 „
Kinderzuschuß der Schwerbeschädigten und Empfänger eines Haus- oder Uebergangsgeldes	900 „

Die Einkommensgrenzen werden mit Wirkung vom 1. November erhöht. Auf Antrag des Reichsbundes soll jedoch in Erwägung gezogen werden, den auf Grund der erhöhten Einkommensgrenzen neu hinzukommenden Empfängern bei der November-Zahlung den Zuschuß für Oktober nachzuzahlen. Ebenso ist eine weitere Erhöhung des Zuschusses für die Vollwaisen in Erwägung gezogen.

Der Lohnkampf der Bauarbeiter im Tarifgebiet Merseburg.

An die Bauarbeiterschaft des Tarifgebietes Merseburg!

Verbandskollegen! Die Bauunternehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt. Es besteht keine Möglichkeit, für unsere Kollegen am kommenden Freitag in den Besitz der neuen Lohnzulage zu kommen. Dessenungeachtet ersuchen wir unsere Kollegen, in dieser kritischen Zeit kaltes Blut zu bewahren. Die Organisationen werden sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung des Schiedsspruches seitens der Unternehmer einsetzen. Am Sonnabend finden in Halle erneute Verhandlungen unter dem Vorsitz des Merseburger Demobilmachungs-Kommissars statt. **Das Ergebnis dieser Verhandlung ist unter allen Umständen abzuwarten, ehe irgendwelche andere Maßnahmen ergriffen werden können. Für vorher ergriffene Maßnahmen ohne Zustimmung der Gewerkschaftsvertretungen, kann von seiten der Gewerkschaften keine Verantwortung übernommen werden.** Wir berufen für Montag, den 16. Oktober, nachmittags 4 Uhr, eine Sitzung der Baudelegierten des Leunawerkes nach dem Restaurant „Heiterer Blick" ein. Desgleichen für abends 6 Uhr eine Mitgliederversammlung für Merseburg nach der „Funkenburg". Die für Sonnabend für Niedereichstedt und Lauchstaedt einberufenen Versammlungen müssen in Anbetracht der Verhältnisse verschoben werden. Nähere Bekanntmachung der Versammlung erfolgt im Inseratenteil dieser Zeitung.

Die Bezirksvereinsleitung. J. A.: Otto Tünschel.

Merseburg. **Die Parteifunktionäre zur Einigungsfrage.** Am Montag traten die Funktionäre der früheren SPD. sowie der USPD. zu einer Besprechung zusammen, um die Grundlagen für die gemeinsame Arbeit in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei festzulegen. Die Besprechung war von dem Geiste getragen, nunmehr gemeinsam die Bewegung der Partei vorwärtszutreiben, um der Allgemeinheit zu dienen. Die Besetzung des nunmehrigen Vorstandes wurde zu beiderseitiger Zufriedenheit geregelt. In einer am 19. Oktober stattfindenden Mitgliederversammlung soll die endgültige Wahl vorgenommen werden. Als Versammlungslokal ist der kleine Saal des „Tivoli" vorgesehen. In dieser Versammlung wird je ein Referat über Augsburg und Nürnberg sowie über Gera gehalten werden. Die Mitglieder der beiden Parteien müssen schon jetzt eifrig für einen guten Besuch der Versammlung sorgen und die Indifferenten, die infolge der Zersplitterung der politischen Organisation sich fernzuhalten haben, darauf aufmerksam machen und zum Wiedereintritt in die vereinigte Partei bewegen. Gemeinsam soll nun um die Besserstellung der Arbeiterschaft gekämpft werden, damit wenigstens ein Teil der Not, die uns noch für die kommenden Zeiten bevorsteht, von der Arbeiterschaft ferngehalten wird. Möge auch die stattfindende Mitgliederversammlung von dem Geiste getragen sein, der die Funktionärsitzung beherrschte.

Dürrenberg. **Aufzur Arbeit!** Am heutigen Freitag, dem 13. Oktober, findet die erste Versammlung der Vereinigten Partei am Orte statt. Für den 19. Oktober beruft die Vereinigte Partei eine öffentliche Versammlung ein. Wir verweisen auf die Plakat- und den Versammlungs-Anzeiger. Genossinnen und Genossen, die Leiden Versammlungen sollen der Auftakt sein für eine großzügig arbeitende Agitation für die Partei und die Presse. Es werden deshalb alle Genossen und Genossinnen zur regen Mitarbeit aufgerufen. An dem Gedeihen und den Anstrengungen der KPD. am Orte müßtet Ihr erkennen, daß das übriggebliebene Häuflein von 40 Mann der Moskaujünger bald erledigt sein dürfte, wenn unsere Genossen alle ihre Pflicht tun. An die Arbeit. Vereinigt marschieren und vereint schlagen! Das sei die Parole.

Knapendorf. **Schweres Unglück am Bahnübergang.** Beim Ueberfahren der Bahnstrecke Merseburg—Schafstädt gingen dem Landwirtssohn Frauendorf die Pferde durch. Der Wagen wurde vom Zuge erfaßt und vollständig zertrümmert. Der Führer erlitt mehrere Kopfverletzungen.

Querfurt. **Die Einigungmarschiert.** In einer gemeinsamen Mitgliederversammlung am vergangenen Freitag erfolgte auch in unserem Orte die organisatorische Vereinigung der beiden sozialistischen Ortsvereine. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Genosse Gustav Köhler, 2. Vorsitzender Genosse Behrend, Kassierer Genosse Voß, Schriftführer Genosse Friedrichs. Die Versammlung war sich darüber einig, daß alles getan werden muß, um die Arbeiter Querfurts wieder für die sozialistische Bewegung zu gewinnen. Die Mitglieder werden aufgefordert, überall mit einer kräftigen Werbearbeit für die Partei und das „Volksblatt" einzusetzen.

Naumburg. **Der neue kommissarische Landrat.** Zum kommissarischen Landrat wurde von dem Minister des Innern Dr. v. Deines, bisher Landrat in Oberschlesien, bestellt.

Auleben. **Bestätigung.** Zum Gemeindevorsteher der Gemeinde Auleben wurde der Rentner Karl Schlichteweg von hier gewählt und vom Landrat bestätigt und verpflichtet.

Roßla. **Zur Kreistagswahl** umfaßt der Stimmbezirk Roßla die Gemeinde, den Gutsbezirk Domäne und den Gutsbezirk Schloß Roßla. Wahlvorsteher ist der Gemeindevorsteher Bürgermeister a. D. Stuhrmann, Stellvertreter der Schöffe Kaufmann Wolff. Die Wahl findet im Gemeindegasthause am Sonntag, dem 22. Oktober, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, statt.

— **An den hiesigen mittleren Schulen** sind 10 Freistellen für Knaben und Mädchen neu errichtet worden. Bewerbungen sind umgehend an den Magistrat einzureichen.

Steinbrücken. **Oeffentliche Versammlung.** Am verflossenen Dienstag sprach bei uns im Heinzeschen Lokale Genosse Landtagsabgeordneter Drescher (Halle). Redner behandelte das Thema „Die Bedeutung der Kreistagswahlen". Am Schlusse seines sehr interessanten Vortrags fand er lebhafte Zustimmung. Es meldete sich dann zur Diskussion ein hiesiger kleiner Landwirt, der unserem Redner darin recht gab, daß die Interessen der kleinen Landwirte durchaus nicht mit denen der Großagrarier übereinstimmten. Aber zur Sozialdemokratie könne er sich trotzdem nicht bekennen, weil diese mit der Sozialisierung auch die Beseitigung des kleinbäuerlichen Privateigentums herbeiführen wolle. Genosse Drescher erläuterte darauf den Wortlaut des alten Erfurter Programm, was die Zuhörer sehr interessierte und befriedigte.

Militaristenübungsplatz Dübener Heide.

Herbstmanöver der verkappten „Jungdo"-Leute und Bismarckbündler.

Am vergangenen Sonntag war die Dübener Heide der Tummelplatz für eine ganz gefährliche Sorte „Volkserzieher". Uns gehen von verschiedenen Seiten Berichte zu, daß die Organisationen des aufgelösten „Jungdo"- und „Bismarckbundes" an diesem Tage in der Dübener Heide Felddienstübungen im großen Stile vorgenommen haben. Einem der uns zugegangenen Berichte entnehmen wir folgende Zeilen:

„Am letzten Sonnabend und Sonntag hielt der unter anderem Namen auftretende „Jungdo" (Wanderverein „Waldlust" usw.) seine militärischen Uebungen, (Herbstmanöver?) in der Dübener Heide ab. Es war alles wieder da, wie zu Jungdeutschlandbunds Blütezeit. Feldgraue Militärkluft, feldmarschmäßig gepackter Tornister, Schanzzeug, Soldatenmütze mit schwarzweißroter Kokarde usw., nur — die Flinte fehlte noch. Ueber die Qualität der „Kämpfer für Kaiser und Reich" zu sprechen, erübrigt sich. Auf jeden Fall war der Anblick dieser Kolonnen für jeden Republikaner ein wunderbarer Anschauungsunterricht, um zu erkennen, was für herrliche Zeiten wir entgegengeführt würden, wenn diese Herrschaften wieder ans Ruder kämen. Folgender Vorfall ist bezeichnend für den „Geist", der in diesen Reihen herrscht:

Beim Marsch in Gruppen- und Zugkolonnen rief ein Gruppenführer einem nicht auf Vordermann gehenden jungen „Soldaten" in dem sattsam bekannten Kasernenhofton einen Befehl zu. **Als dieser Befehl nicht sofort ausgeführt wurde, half der berühmte Fußtritt und ein liebliches Schimpfwort noch.**

Marschlieder, wie: „Wir lassen unsern Kaiser nicht und wenn das Auge bricht." oder „Wir wollen keine Judenrepublik" ließen den Geist dieser deutschen Jungmannschaften im hellsten Lichte erstrahlen.

Auch an den übrigen Sonntagen hat man öfters Gelegenheit, Trupps dieser militärischen „Jungendbündler" im Alter von 16 bis 20 Jahren, monarchistische Lieder singend, durch die Heide ziehen zu sehen. Diese Vorkommnisse müssen uns alle anspornen, in unserer Aufklärungsarbeit nicht zu ruhen und zu rasten, damit dieser, von den reaktionären Kreisen gemißbrauchten Jugend, die Augen geöffnet werden und sie ihre gefährlichen Verführer erkennen lernt. Wir haben genug von einem Stahlhad, genannt Weltkrieg."

Da der Rummel wahrscheinlich in großer Aufmachung in Szene gesetzt war, gingen uns noch mehrere Berichte zu. In einem der weiteren Berichte heißt es:

„Der aufgelöste „Bismarckbund" hielt mit seinen Unter- und Bezirksgruppen am Sonnabend und Sonntag in der Gegend um Düben militärische Uebungen ab. Sonntag abend marschierte die „zukunftsfrohe" Kolonne, die, wie aus den Marschliedern hervorging „für ihren Kaiser zu sterben weiß", in etwa Kompagniestärke zum Bahnhof Söllichau. Am Schalter war zu beobachten, wie ein junger Mann von 22 Jahren, vermutlich der dienstthabende „Offizier", das Lösen der Fahrkarten überwachte und keine Insubordination der jüngeren „Kameraden" duldete. Ein Arbeiter, der den „Dienstthabenden" nach dem Namen der Organisation fragte und ihn auf den Widerspruch solcher militärischen Uebungen mit dem Versailler Friedensvertrag hinwies, erntete ein höhnisches Lächeln und die Bemerkung, keine Beleidigung auszukosten. Obendrein noch! Als stiller Beobachter konnte man dann aus den Gesprächen hören, daß „Exzellenz" extra aus München (dem Sitz der Orgeschleitung) käme, um Vortrag zu halten. Eintritt nur gegen besonderen Ausweis. —

Die militärische Aufmachung, wie kompagnie-, zug- und gruppenweise Einteilung mit den dazugehörigen Führern, feldmarschmäßiger Anzug mit gerolltem Mantel auf dem Tornister, am Koppel Brotbeutel und Schanzzeug, die „Herren" Offiziere mit Feldstecher und Kartentasche und zum Zeichen ihres Ranges als Degen einen Spazierstock am Koppel, läßt vermuten, daß der ganze wilhelminische Drill in neuer Glorie wieder erstehen wird, wenn diese Clique die Gewalt über uns wieder erhalten sollte.

Nebenbei sei noch bemerkt, daß die Leutchen bei ihrer Ankunft in Halle ihre Militärmützen mit der schwarzweißroten Kokarde verschwinden ließen."

Diese beiden Berichte zeigen, daß die republikanische Bevölkerung Augen und Ohren auftun und, wenn es nötig ist, sofort zufassen muß. Den republikanischen Behörden empfehlen wir auf Grund dieser Vorfälle die monarchistischen „Jugendbildungsvereine" noch schärfer zu überwachen, als das bisher der Fall war.

Bitterfeld. **Schöffengericht.** In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung wurde verhandelt gegen den Arbeiter Fritz Freier sowie gegen den Bäckermeister Wünsche, beide wohnhaft in Bitterfeld, wegen Beleidigung zweier Beamten des Landratsamtes Bitterfeld. Das Gericht erkannte gegen Freier auf 1500 Mk. Geldstrafe und gegen Wünsche auf 1000 Mk. Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten.

— **Die Strafe für einen Verleumder.** Der auf den Elektrochemischen Werken beschäftigte Sanitäter Hahn aus Sandersdorf hatte den Landrat Gen. Stammer in Bitterfeld verleumdet. Hahn hatte in einer Gastwirtschaft in Sandersdorf seinem patriotischen Herzen Luft gemacht, indem er die Vertreter der Arbeiterschaft und den Landrat Stammer in Bitterfeld in gemeiner Weise verleumdete. Der Amtsanwalt hatte 3000 Mk. Geldstrafe beantragt. Das Gericht ging aber über den Antrag des Amtsanwalts hinaus und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen, weil eine solche Verleumdung nicht mit einer Geldstrafe gesühnt werden könne.

— **Einbruchsdiebstähle.** Auf unserem Güterbahnhofe entwendeten unbekannte Einbrecher zur Nachtzeit aus einem in der Abfertigungsstelle stehenden verschlossenen Reisekorbe verschiedene Militärsachen, einen Wintermantel, Arbeitshosen, Schuhzeug und andere Bekleidungsgegenstände im Gesamtwerte von ungefähr 80 000 Mk. Aus einer Bäckerei der Inneren Bismarckstraße holten Einbrecher nächtlicherweile einen Treibriemen. Aus einem Hause der Mühlstraße ist durch nächtliches Eindringen ein Fahrrad entführt worden. Ebenso wurde aus einer Wohnung der Halleschen Straße ein Damenmantel im Werte von etwa 20 000 Mk. gestohlen.

Jeßnitz. **Geistliche als Handelsleute.** Die schwer um ihren Erwerb ringenden Buchhändler haben Konkurrenz bekommen durch die Stadtpfarrer Lugge in Jeßnitz und Torger in Raguhn, welche einen schwunghaften Handel mit „christlichen" Kalendern und Unterhaltungsschriften betreiben. Sie schicken ihre Boten sogar aufs Land, um die Bewohner der umliegenden Dörfer mit ihrer Ware zu beglücken. Der Raguhner scheint seine Sache aber nicht vom Standpunkte des christlichen Geschäftsmannes zu betrachten; denn er hält sich nicht an bestimmte Preise, von dem einen Käufer nimmt er mehr, von dem anderen weniger.

Alt-Jeßnitz. **Fischerei.** Unser Dorfteich, welcher zur Karpfenzucht benutzt wird, wurde durch den Pächter abgefischt. Das Ergebnis des Fischanges betrug ungefähr ein Zentner Süßwasserbewohner; zumeist fing man Karpfen, die sich gut entwickelt haben.

Herr Direktor, wir bitten . . .

Oberschlesische Auchkollegen im Piesteritzer Stickstoffwerk.

Piesteritz, 10. Oktober.

Die Arbeiterschaft des Piesteritzer Stickstoffwerkes wird durch einen Brief, der in die Hände eines hiesigen Organisationsleiters der freien Gewerkschaften fiel, auf eine große Gefahr aufmerksam gemacht, in welcher sie bisher schwebte. Auchkollegen, knechtselige Gesellen waren — oder sind noch(?) — am Werke, die Arbeiterschaft nationalistisch „aufzuklären". Für diese Judastat bitten sie die Direktion flehentlich um die Befreiung von den sogenannten „schlechten" Arbeiten. Wenn diese „Arbeiter" das von uns in der gestrigen Nummer veröffentlichte geheime Schriftstück der Werksdirektion gekannt hätten, würden sie vielleicht dementsprechend gebeten haben, auch in die Klasse der „Produktiven" geteckt zu werden. Doch das wird wohl auch schon so ohne weiteres geschehen, da das Unternehmertum das größte Interesse an der Verhätschelung treu ergebener Lieblingskinder unter der Belegschaft hat.

Das Schriftstück der „gesamten Oberschlesier" hat folgenden Wortlaut:

Piesteritz, den 27. August 1922.

Herrn Direktor Dr. Tauß.

Im Verlauf Ihrer am Sonnabend gehaltenen Rede erwähnten Sie auch, daß die Hauptschuld an den mißlichen Zuständen, unter denen wir jetzt hauptsächlich leiden müssen, die Franzosen mit ihrer Revanchepolitik die größte Schuld tragen. Diesem stimmen wir, die wir die Verhältnisse unter französischer Herrschaft zweieinhalb Jahre genossen haben, nicht nur voll und ganz zu, sondern wir sind auch bemüht, die hier beschäftigten einheimischen Arbeiter in diesem Sinne aufzuklären, was uns auch bei einem Teil der hiesigen Leute bereits gelungen ist. (?!) Zu unserem Bedauern mußten wir feststellen, daß es der Verwaltung gar nicht daran gelegen ist, einschlägige Leute in ihren Betrieben zu beschäftigen, da die meisten von uns zu der schlechtesten Arbeit herangezogen werden. Wir nehmen an, daß dieses dem Herrn Doktor gar nicht bekannt ist und daß Herr Doktor dieses nie zugelassen hätten. Um uns in unserer aufklärenden Arbeit nicht zu stören, bitten wir Herrn Direktor, dieses Schreiben vorläufig dem Betriebsrat nicht zur Kenntnis zu geben.

Im Auftrage der gesamten Oberschlesier zeichnen

hochachtungsvoll

Eiffek, August. Badura, Stephan.

Es wäre nun zu prüfen, wie weit die Direktion diesen Wünschen entgegengekommen ist. Die bisher „bearbeiteten" Kollegen wissen nun, warum sie von den „Oberschlesiern" aufgeklärt werden sollen. Ein Teil dieser harmlosen Europäer will sich damit von der „schlechtesten" Arbeit drücken. Das kann natürlich nur auf Kosten der übrigen Arbeiterschaft geschehen. Es kann nicht oft genug betont werden, daß äußerste Vorsicht am Platze ist.

Piesteritz. **Die Einigung der Sozialisten.** Am Montag fand im Lokal Schulze eine Mitgliederversammlung der beiden sozialdemokratischen Parteien statt. Sehr zahlreich hatten sich die Genossinnen und Genossen der beiden Parteien eingefunden. Genossin Röpert vom Bezirksvorstand erstattete Bericht vom Parteitag zu Augsburg und Nürnberg. Die Anwesenden folgten mit größter Aufmerksamkeit den Ausführungen der Rednerin. In der sich anschließenden Aussprache waren alle Redner erfreut über die vollzogene Einigung und erhofften von derselben einen großen Erfolg für die moderne Arbeiterbewegung. Die Wahl zum neuen Vorstand ging glatt von statten. Die Stellen wurden nach gemeinsamen Vorschlägen beider Parteien besetzt. Auf Anregung der Referentin wurde beschlossen, Frauen- und Diskussionsabende zu veranstalten. Beschlossen wurde, am 9. November eine Revolutionsfeier zu veranstalten. Vorstand und Bildungsausschuß werden mit den Vorarbeiten beauftragt. Eine Resolution gegen Teurung und Wucher wurde einstimmig angenommen. Der Bezirksvorstand soll diese Entschließung an die sozialdemokratischen Abgeordneten weiterleiten. Der Vorsitzende wies nochmals auf den am Mittwoch stattfindende Versammlung hin, wo Genosse Prof. Waentig sprechen wird.

Falkenberg. **Die Deutschnationalen auf dem Beamtenfang.** Eine deutschnationale Theatervorstellung mit dem politischen Schauspieler, Reichstagsabgeordneten Schmidt (Stettin), fand am Montagabend hier statt. Eine Beamten-Versammlung sollte es sein; doch es fehlten die Beamten. Trotz der großen Reklame — man hatte am Montag noch durch Depeschenboten in allen Dienststellen auf dem Bahnhof Falkenberg auf diese Veranstaltung aufmerksam gemacht — war nur ein knappes halbes Dutzend Beamte erschienen, von denen man vermuten konnte, daß sie zur Deutschnationalen Partei gehören. Die übrigen Besucher waren Landwirte mit ihrem Gefolge und Gewerbetreibende. Im großen Saal verschwand das Häuflein, und so beschloß man, die Versammlung im kleinen Saale des „Gesellschaftshauses" abzuhalten. Die Versammlungsbesucher hätten aber auch zur Not im kleinen Gastzimmer Platz gehabt. Dann kam das „Referat". Sein eigenes Ich stellte Herr Schmidt dabei so recht in den Vordergrund. Man wundert sich, daß es überhaupt noch notleidende Beamte gibt, wenn man hört, was Ich — Ich — Schmidt und seine Partei, alles für die Beamten getan habe und noch tun will. Doch glauben die Beamten den Worten der Machthaber des alten Obrigkeitsstaates nicht, und wenn es Herr Schmidt noch so rührend vorträgt. Rektor Wunderlich sagte Herrn Schmidt so manche Wahrheit, die sogar den Versammlungsleiter, Herrn Landwirt Schulze, zu einer Verteidigungsrede zwangen. Daß die Umlage und das Steuerzahlen auch gestreift wurden, ist selbstverständlich. Aber die Deutschnationalen schweigen sich in Beamtenversammlungen darüber aus. Genosse Dietrich sagte dem Schauspieler das, was er nicht gerne hörte, und durch sein ganzes Auftreten im Schlußwort merkte man, daß die Diskussionsredner das Richtige getroffen hatten. Auf die Umlage ging Schmidt nicht ein, denn er merkte, daß das für ihn gefährliches Glatteis werden könnte. Genosse Dietrich sagte den Deutschnationalen, sie sollten für die Beamten in den Steuerfragen ebenso eintreten, wie sie bei jeder Gelegenheit für die Agrarier eintreten. Auch die Beamten erkennen mehr und mehr, daß ihre Interessen Seite an Seite mit der übrigen proletarischen Bevölkerung nur von der Sozialdemokratie vertreten werden können.

Bockwitz. **Aus der Partei.** Am Dienstagabend fand im „Volkshaus" eine gemeinsame Mitgliederversammlung der Ortsvereine der SPD. im Ländchen statt. Genosse Neßler gab Bericht von den Parteitagen in Augsburg und Nürnberg. Da eine Diskussion die Wirkung der vorzüglichen Rede nur abgeschwächt hätte, wurde hierauf verzichtet. — Am Sonntag, dem 15. Oktober, soll in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ortsverein der bisherigen USPD. die Verschmelzung der beiden Ortsgruppen vorgenommen werden. Wir erhoffen aus dieser erfreulichen Tatsache eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf unser Parteileben. Vor allem muß es unsere Aufgabe sein, mit vereinten Kräften das Heer der geistig Armen, der Indifferenten, zu verkleinern. Jeder muß mithelfen, die vielen Abseitsstehenden mit dem Geist des Sozialismus zu erfüllen und für unsere Bestrebungen, die der Allgemeinheit zugute kommen, zu gewinnen.

Aisleben. **Selbstmord** verübte in der Saale aus bisher noch unbekannter Ursache das Dienstmädchen Anna Wekel, Tochter des Schmiedemeisters Otto Wekel aus Beseedau. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Schönebeck. **Ein Gespann in die Elbe gestürzt.** Das Gespann eines Eisenhändlers geriet beim Umwenden ins Rollen und Pferd und Wagen stürzten in die Elbe. Der Kutscher konnte noch rechtzeitig abspringen. Das Pferd ertrank.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221013-19/fragment/page=0006